

lvb inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

- **Sparen an der Bildung ist teuer!**
Die Analyse des Belastungspakets 12/15
- **Delegiertenversammlung vom
21. September 2011, 19.30 Uhr**
Bildungsdirektor Urs Wüthrich-Pelloli zu Gast
- **Basisstufe durch die Hintertür?**
Von der Neugestaltung des Kindergartens
im Bildungsraum Nordwestschweiz

Die neue Crew übernimmt das Ruder!



Liebe Leserin, lieber Leser

Für dieses Heft zeichnet erstmals die neu zusammengesetzte Geschäftsleitung des LVB verantwortlich. Nachdem sie bereits seit einiger Zeit intensiv in der Verbandsführung aktiv waren, haben Gabriele Zückert, Roger von Wartburg und Michael Weiss ihre Arbeit für den LVB in den letzten Tagen offiziell aufgenommen. Zusammen mit meinem Wechsel ins Präsidium sind also vier von fünf Ressorts in der LVB-Leitung neu besetzt. Das ist eine grosse Herausforderung für ein Team, das keine Übergangsphase zur Verfügung hat und von Anfang höchst professionell funktionieren muss.

Mit dem von der Regierung kurz vor der Sommerpause vorgestellten «Entlastungspaket 12/15» ist diese neue Crew in «raue See» aufgebrochen. Via LVB-Website, E-Mails und Briefe sind dem LVB zu den veröffentlichten Sparideen im Bildungsbereich eine grosse Anzahl erboster und entrüsteter Verlautbarungen einzelner Mitglieder, aber auch ganzer Kollegien, zugestellt worden. Es ist dem LVB gelungen, noch vor den Sommerferien der breiten Bevölkerung die verheerenden Folgen dieser unsäglichen Sparvorschläge für die Baselbieter Schule aufzuzeigen. Das auch in diesem Heft

abgedruckte Argumentarium umfasst die wesentlichen Punkte und begründet die ablehnende Haltung des LVB.

Unser Ziel der nächsten Wochen ist es, die Politikerinnen und Politiker im Kantonsparlament davon zu überzeugen, dass der vorgeschlagene Kahl-schlag an unseren Schulen kontraproduktiv wäre. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben es in der Hand, mit ihrer Stimme den Fehlentscheid der Regierung zu korrigieren und die Bildungs-Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen positiv zu beeinflussen. Dabei müsste eigentlich auch im Baselbiet gelten, was dem baselstädtischen Bildungsdirektor gemäss Zeitungszitat längst klar zu sein scheint: Die anstehenden, vom Stimmvolk mit überwältigendem Mehr verabschiedeten Bildungsreformen können nur gelingen, wenn die Schule nicht gleichzeitig einem rigorosen Sparprogramm unterworfen wird!

Der LVB wird sich bei seinen weiteren Aktionen zum «Belastungspaket» nicht durch Aufrufe zur «Einhaltung der Opfersymmetrie» in die Irre führen lassen. Vielmehr baut er weiterhin sein Mobilisierungspotenzial auf, wird aber sein Pulver nicht bereits in der laufenden Vernehmlassungsphase verschiessen. Schliesslich kann der Kampf gegen den Angriff auf unsere Arbeitsbedingungen und die Schulqualität noch lange dauern! In unserer Tätigkeit sind wir auf die Unterstützung der LVB-Mitglieder angewiesen: Nehmen Sie an unseren künftigen Online-Umfragen teil und besuchen Sie unsere Veranstaltungen! Mit einem grossen Aufmarsch kann die Lehrerschaft deutliche Zeichen setzen! Die erfreulicherweise steigenden Mitgliederzahlen des LVB werden dabei zusätzlich helfen.

Dieses Heft soll auch aufzeigen, dass es nicht genügt, sich jetzt ausschliess-

lich auf das Hauptthema «Sparpaket» zu fokussieren. Eine ganze Reihe weiterer wichtiger Themen liegt bei der BKSD brach: Wie geht es weiter mit der Überarbeitung des Berufsauftrags? Wann werden die Umsetzungsweisungen zur leidigen Ferienthematik mit dem Sozialpartner verhandelt? Wie soll das vom Personalamt entwickelte neue MAG für die Lehrpersonen so umgesetzt werden, dass es nicht kontraproduktiv ist? Wie steht es um die Arbeitsbedingungen von Lehrpersonen, die vom Wechsel von 5/4 auf 6/3 betroffen sein werden? All diese und noch eine ganze Reihe weiterer Fragen sind für uns ebenso wichtig und müssen unbedingt rasch und konkret weiter bearbeitet werden!

Die Arbeit wird den LVB-Gremien – auch der LVB-Kantonalvorstand konnte übrigens mit vier neuen Leuten ergänzt werden – auf jeden Fall nicht ausgehen. Die neue Crew verspricht, dass sie das LVB-Ruder auch in diesen stürmischen Zeit fest im Griff haben und die Ziele mit vollem Engagement und grosser Beharrlichkeit weiterverfolgen wird. Zusammen mit Ihrer Unterstützung kann vieles erreicht werden!

Der LVB wünscht Ihnen einen ausgezeichneten Start ins neue Schuljahr. Lassen Sie sich durch die turbulenten Zeiten nicht entmutigen! Das Baselbiet ist auf die Arbeit kompetenter Lehrpersonen angewiesen und die Bevölkerung wird es nicht zulassen, dass die Bildungsqualität unseres Kantons im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld kurzfristig und unüberlegt aufs Spiel gesetzt wird!

Ch. Straumann

Christoph Straumann,
Präsident LVB

Inhalt

Impressum

lvb.inform 2011/12-01
Auflage 3500
Erscheint 4-5-mal jährlich

Herausgeber

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
4102 Binningen
Kantonalsektion des Dachverbands
Schweizer Lehrerinnen und Lehrer
LCH
Website: www.lvb.ch

Redaktion

LVB Geschäftsleitung per Adresse
Christoph Straumann
Schulgasse 5, 4455 Zunzgen
Tel 061 973 97 07 Fax 061 973 97 08
christoph.straumann@lvb.ch

Abonnemente

Für Mitglieder des LVB ist das
Abonnement von lvb.inform im
Verbandsbeitrag enthalten.

Layout

Schmutz & Pfister, Grafik und Design
www.schmutz-pfister.ch

Textumbruch und Bilder

Christoph Straumann

Druck

Schaub Medien AG, 4450 Sissach

- 2 Editorial: Die neue Crew übernimmt das Ruder!
Von Christoph Straumann
- 3 Inhalt/Impressum
- 4 Das neue LVB-Meinungsbarometer
Von der LVB-Geschäftsleitung
- 5 Einladung zur DV/MV vom 21.09.2011
- 6 Protokoll der DV/MV vom 30.03.2011
Von Myrtha Michot
- 9 LVB-Jahresrechnung 2010/2011, Bericht der Revisionsstelle und
Budget 2011/2012
- 12 Sparen an der Bildung ist teuer!
Newsletter und Argumentarium der LVB-Geschäftsleitung vom 29.06.2011
- 19 Effizienzsteigerung: Vorschläge der LVB-Mitglieder
Von Michael Weiss
- 22 Mangel an bildungspolitischer Weitsicht:
Verzicht auf die Kaufmännische Vorbereitungsschule (KVS)
Von Heinz Bachmann
- 24 Die Pendenzenliste der BKSD
Von Christoph Straumann
- 26 Abschied eines hochkarätigen Dreigestirns - Wir ziehen den Hut!
Von der LVB-Geschäftsleitung
- 28 Myrtha Michot. Doris Boscardin. Bea Fünfschilling.
Drei starke Lehrerinnen geben ihre Funktion im LVB ab
Von Max A. Müller, LVB-Ehrenpräsident
- 30 Orientierungspunkte für den Kindergarten:
Basisstufe durch die Hintertür?
Von Gabriele Zückert
- 32 Misstrauensbildende Massnahmen
Von Roger von Wartburg
- 35 Das Solothurner Integrationsdesaster: Episode 3
Von Roger von Wartburg
- 38 Perlenfischen
Von Roger von Wartburg
- 40 Berichte von Pensioniertenanlässen
Von Otti Studer und Ditmar Friedli
- 41 LVB-Informationen
- 42 Das Schwarze Brett
- 44 Krankenkassenprämien 2012:
Prämienstopp bei Zusatzversicherungen von Visana
- 46 Help Point von Zurich Connect – 126mal in Ihrer Nähe
- 47 Glosse: Credo, quia absurdum est
Von Michael Weiss

**Das neue LVB-Meinungsbarometer:
Sagen Sie uns Ihre Meinung!
Melden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse jetzt!**

An alle LVB-Mitglieder

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Wenn wir als LVB-Geschäftsleitung in unserer Arbeit die Interessen der Mitglieder vertreten wollen, ist es hilfreich, wenn wir die Möglichkeit haben, innert kurzer Frist den Puls an der Basis fühlen zu können. Zu diesem Zweck setzen wir seit kurzer Zeit ein Online-Meinungsbarometer ein.

Wie funktioniert das neue Instrument?

Sofern Ihre E-Mail-Adresse bei uns registriert ist, werden wir Sie von Zeit zu Zeit zu einer aktuellen schulpolitischen Frage um Ihr Votum bitten. Mit lediglich drei Mausklicks können Sie uns dann mitteilen, welche der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten für Sie am ehesten zutrifft.

Ziele des neuen Meinungsbarometers

Die Resultate aus diesen Umfragen können sich einerseits in Botschaften an den Arbeitgeber, die Öffentlichkeit oder die Medien niederschlagen, andererseits aber auch als Grundlage für anstehende Strategieentscheide herangezogen werden. Starke Signale vermag ein solches Umfrageinstrument jedoch nur dann auszusenden, wenn eine konstant hohe Beteiligung von Ihnen als LVB-Mitglieder erreicht werden kann. Deshalb...

**... melden Sie uns bitte jetzt Ihre
persönliche E-Mail-Adresse an
info@lvb.ch.**

(und erinnern Sie die LVB-Mitglieder in Ihrem Kollegium bitte auch noch einmal daran!)

Im Voraus besten Dank für Ihre Unterstützung!

Ihre LVB-Geschäftsleitung

Einladung zur Delegierten- und Mitgliederversammlung des LVB

Mittwoch, den 21. September 2011

19.30 Uhr, Restaurant Seegarten, Münchenstein

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten. Diese erhalten eine separate Einladung per Post.

2. Protokoll DV/MV vom 30. März 2011

3. Wahlen in den Kantonalvorstand

Deborah Wiebe, Primarstufe, Regionalsektion Reinach
Urs Stammbach, Primarstufe, Regionalsektion Liestal
Michel Thilges, Primarstufe, Regionalsektion Oberwil
Peder Clalüna, Sekundarstufe I, Regionalsektion Sissach

4. Wahl einer LVB-Vertretung für die LCH-Delegiertenversammlung

Michael Weiss,
Vizepräsident des LVB

5. Anpassung der Statuten an die neue Organisation der Geschäftsleitung § 24

6. Verabschiedung der zurückgetretenen GL-Mitglieder

Myrtha Michot, Doris Boscardin und Bea Fünfschilling

Berufspolitische Geschäfte

Stimmberechtigt sind alle anwesenden LVB-Mitglieder.

7. Übersicht zu den laufenden Geschäften des LVB

8. Sparpaket 12/15: Sparen bei der Schule kann teuer werden!

- Einführung ins Thema: Christoph Straumann (Präsident LVB)
- Kurzreferat von Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli (Bildungsdirektor)
- **Diskussionsrunde** mit
Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli (Bildungsdirektor), Karl Willimann (Landrat SVP),
Jürg Wiedemann (Landrat Grüne) und Christoph Straumann (Präsident LVB)
Moderation: Andreas Schwald, Redaktionsleiter 7vor7 (TeleBasel)

9. Verabschiedung einer Resolution

10. Diverses

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.

Münchenstein, 25.08.2011

Der Kantonalvorstand

Protokoll DV/MV 2.2010/2011

vom Mittwoch, 30. März 2011, 19.30 – 21.15 Uhr,

Restaurant Seegarten, Münchenstein

Von Myrtha Michot



LVB-Delegierte: total 117, anwesend 57
Vorsitz: Ch. Straumann

LVB-Mitglieder: ca. 60

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll DV/MV vom 15. September 2010
3. Wahlen in die Geschäftsleitung
4. Wahl des LVB-Präsidiums für den Rest der Amtsperiode 2010-2014

Berufspolitische Geschäfte

5. Übersicht zu den laufenden Geschäften des LVB
6. Talkrunde zu aktuellen Bildungsthemen mit LVB-Mitgliedern aus dem Landrat
7. Verabschiedung einer Resolution
8. Diverses

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Vizepräsident Christoph Straumann eröffnet die Versammlung und gibt seiner Genugtuung über die erfreuliche Anzahl anwesender Delegierter und Mitglieder Ausdruck. Er kann fünf Landräte sowie den LCH-Präsidenten Beat W. Zemp und die LCH-Vizepräsidentin Marion Heidelberger begrüßen. Er bezeichnet diese Versammlung als aussergewöhnlich. Insbesondere bedauert er die krankheitsbedingte Abwesenheit der Präsidentin Bea Fünfschilling und wünscht ihr auf ihrem Genesungsweg alles Gute.

Die Wahlgeschäfte betreffen zwei neue Mitglieder der Geschäftsleitung und die Erneuerungswahl des Präsidiums. Als Stimmzähler werden einstimmig gewählt: Rico Zuberbühler und Christoph Studer.

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll DV/MV vom 15. September 2010:

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

3. Wahlen in die LVB-Geschäftsleitung:

Die freiwerdenden GL-Funktionen von Bea Fünfschilling und Doris Boscardin wurden öffentlich ausgeschrieben. Eine Findungskommission, bestehend aus den verbleibenden Mitgliedern der GL und einer KV-Vertretung, führte mit verschiedenen Personen Gespräche. Eine wichtige Entscheidungsgrundlage war die Stufenzugehörigkeit. Nach LVB-Statuten wählt der Kantonalvorstand die Mitglieder der Geschäftsleitung. Diese Wahlen wurden an der Sitzung vom 17. Februar 2011 vorgenommen.

Gabriele Zückert: Ressort Aktuariat

Sie arbeitet als Kindergärtnerin in Liestal, ist seit 2003 Mitglied des LVB-Kantonalvorstands und zudem Mitglied der Stufenkommission 4-8 des LCH. Ihr Interesse an Bildungspolitik hat sie zur Übernahme einer GL-Funktion bewogen.

Michael Weiss: Ressort Berufspolitik

Er ist Gymnasiallehrer in Münchenstein und engagierte sich dort bereits im Konvents Vorstand. Als Präsident der LVB-Verbandssektion GBL setzt er

sich seit einiger Zeit für die Belange der Gymnasiallehrpersonen ein.

Die Delegierten bestätigen die Wahl von Gabriele Zückert und Michael Weiss mit Akklamation.

4. Wahl LVB-Präsidium:

Der Kantonalvorstand empfiehlt einstimmig den Vizepräsidenten Christoph Straumann als neuen LVB-Präsidenten. Heinz Bachmann schildert ihn als kompetenten und über viele Jahre erfahrenen Geschäftsführer, der weder in Reformstürmen noch Spargewittern die Orientierung und den Kampfgeist verliert.

Da keine anderen Kandidaturen vorliegen, kann die Wahl vom Ehrenpräsidenten Max Müller vorgenommen werden. Die Delegierten wählen Christoph Straumann mit lang anhaltendem Applaus zu ihrem 42. LVB-Präsidenten. Er bedankt sich für das ihm durch die Delegierten ausgesprochene Vertrauen und freut sich darauf, sich in seiner neuen LVB-Funktion noch stärker für den Berufsstand einbringen zu dürfen.

Berufspolitische Geschäfte

5. Übersicht zu den laufenden Geschäften

Aus aktuellem Anlass berichtet Doris Boscardin als LVB-Vertreterin im Bildungsrat über einen wichtigen Entscheid, den der Bildungsrat an seiner gleichentags durchgeführten Sitzung gefällt hat, nämlich das Sprachenkonzept bereits 2012/13 einzuführen und nicht, wie geplant, erst 2015/16. Die Frühfremdsprachen sind somit Taktgeber für die weiteren Umsetzungsschritte der Bildungsharmonisierung. Der LVB ist skeptisch, ob die Zeit für eine optimale Vorbereitung reicht.

Neue Stundentafel Primar: Geplant ist eine Senkung der Lektionendauer von 50 auf 45 Minuten bei gleichzeitiger Erhöhung der Pflichtstunden von 27 auf 28. Der LVB setzt sich dafür ein, dass endlich der Belastung der Primarlehrpersonen (Integration, Frühfremd, 6. Primarschuljahr, Lehrplan 21 etc.) Rechnung getragen und auf eine Pflichtstundenerhöhung (wie damals beim Niveau A) verzichtet wird.

Anhand einer Mindmap präsentiert C. Straumann eine Übersicht über die weiteren aktuellen Geschäfte:

- **Bildungsraum:** Der LVB stellt seine Forderungen regelmässig bei Treffen mit den anderen Lehrerverbänden und mit Vertretungen der PHNW auf.
- **BKSD:** zum Projekt Bildungsharmonisierung finden Workshops (mit konsultativem Charakter) statt.
- **Integrative Schulung:** Es haben Gespräche mit Vertretungen des AVS stattgefunden. Das Konzept ist in Bearbeitung.
- **Pensionskasse / Improve:** Die Arbeitnehmerseite ist seit Spätherbst in den Erarbeitungsprozess involviert.

6. Talk-Runde zu aktuellen Bildungsthemen

Der Diskussion unter der Leitung von C. Straumann stellen sich fünf LVB-Mitglieder aus dem Landrat:

- Sabrina Mohn, Parteipräsidentin CVP
- Martin Rüegg, Parteipräsident SP
- Urs von Bidder, Parteipräsident EVP
- Paul Wenger, SVP
- Jürg Wiedemann, Grüne

Es werden 5 Themenblöcke diskutiert. Die Teilnehmenden sind aufgefordert, zum Thema, das sie per Los gezogen haben, als erste Stellung zu nehmen.

Themenblock 1

LCH-Studie zur Arbeitszeit:

Sie zeigt auf, dass auch nach Abbau von Überzeit in den Sommerferien noch durchschnittlich 2 Wochen Überzeit bleiben. P. Wenger sieht eine gewisse Abhängigkeit der Arbeitszeit von der Schulstufe, ist aber überzeugt, dass sie für alle im oberen Bereich liegt. M. Rüegg weist auf die Motion Meschberger im Landrat hin, in welcher eine Reduktion um eine Pflichtstunde gefordert wird. Statt von Arbeitsabbau spricht man besser von Arbeitsumbau.

Themenblock 2

Aktueller Umgang mit dem Personal bezüglich Arbeitszeit:

Der LVB plädiert für eine analoge Lösung zu BS (Lektionenbuchhaltung). Eine solche ist aber nicht kostenneutral und stösst deshalb bei der Regierung nicht auf Akzeptanz. Laut M. Rüegg wären 2 Wochen Weihnachtsferien in einem ersten Schritt ein positives und spürbares Signal. Es muss der Öffentlichkeit bewusst werden, dass Lehrpersonen nicht 12 Wochen Ferien haben. Die BS-Lösung ist aber weiterhin anzustreben.

Themenblock 3

Arbeitsbedingungen und Schulreformen:

Der Aufwand für die Kinder wird zunehmend grösser. Kleinere Klassengrössen müssen vor Beginn der Reformen bewilligt werden. Eine diesbezügliche Motion wurde von der Regierung abgelehnt. Zusätzliche Ressourcen sind nötig für die Integration. Im Landrat müssen die Bemühungen um gute Lösungen verstärkt werden.

Themenblock 4

Lehrermangel und Attraktivität:

Die von LCH in Auftrag gegebene Lehrpersonen-Lohnstudie von PWC zeigt im Vergleich zu Berufen mit ähnlichen Anforderungen in der Privatwirtschaft ein deutliches Defizit. Die Kantone AG und ZH begegnen dem Lehrermangel mit Lohnattraktivität. In diesem Wettbewerb darf der Kanton BL nicht riskieren, das Nachsehen zu haben. S. Mohn macht deutlich, dass finanzielle Überlegungen bei Junglehrpersonen von Bedeutung sind. U. von Bidder weist auf die Widerstände im Landrat und auf das unbekannte Sparpaket hin. Der Lehrermangel muss ernst genommen werden. P. Wenger warnt vor Vergleichen. Er sieht eine Lohnkorrektur vor allem bei den Löhnen der Primarlehrpersonen. Für J. Wiedemann ist der Lohn nur ein Punkt unter verschiedenen bezüglich Berufsattraktivität. B. Zemp betont, dass andere Kantone aktiv werden und der Wettbewerb spiele.

Themenblock 5

Entlastungsprogramm:

Die Ausgaben für die Bildung sind gestiegen. Davon geht ein grosser Teil an die Uni und an die FH PHNW. An der Volksschule darf aber nicht gespart werden. M. Rüegg ist bezüglich Kantonsfinanzen nicht pessimistisch. Steuereinsparungen sind für ihn nicht legitim. U. von Bidder fordert, dass klar deklariert wird, was verlangt wird. P. Wenger

glaubt nicht, dass die Schulen vom Sparprogramm verschont werden.

Fazit: Die Talkrunde hat die Vielschichtigkeit der Materie aufgezeigt. Der Dialog mit den LVB-Landratsmitgliedern ist lanciert. C. Straumann bedankt sich bei den Teilnehmenden für die Bereitschaft, weiterhin zentrale Bildungsthemen zu diskutieren und so zu erfolgreichen Lösungen beizutragen.

7. Verabschiedung einer Resolution

C. Straumann erläutert den Resolutionstext. Der Ausdruck «akzeptable Realisierung der neuen Ferienregelung auch für Lehrpersonen» wird als zu schwach empfunden. «Akzeptabel» wird ersetzt durch «spürbar». Mit dieser Änderung wird die Resolution mit grosser Mehrheit angenommen.

8. Diverses

Keine Wortmeldung.

Der Präsident schliesst die Versammlung mit dem Hinweis, dass die Werbung neuer Mitglieder ein dauerndes Anliegen der LVB-Leitungsgremien sei.



LVB-Jahresrechnung 2010/2011

Bilanz per 30.06.2011

	30.06.2011		30.06.2010	
	Soll	Haben	Soll	Haben
AKTIVEN				
VEREINSKASSE				
Kasse	1'740		1'750	
Post Verein	110'880		13'612	
Post «Sympathiebeiträge»	227		320	
Bank Verein	130'362		218'190	
IT-Anlage	6'931		8'948	
Aktive Rechnungsabgrenzung	22'901		3'753	
Total VEREINSKASSE	273'040		246'573	
JUBILARENKASSE				
Bank Jubilaren	10'164		5'893	
Aktive Rechnungsabgrenzung	4'089		4'283	
Total JUBILARENKASSE	14'254		10'176	
KAMPFKASSE				
Bank Kampf	106'750		95'443	
Kassenobligationen	0		20'000	
Aktive Rechnungsabgrenzung	8'221		1'140	
Vorfinanzierung FQS	0		5'264	
Total KAMPFKASSE	114'971		121'847	
RECHTSSCHUTZKASSE				
Bank Recht	181'172		182'041	
Obligationenfonds	109'673		117'130	
Festgeld	0		0	
Aktive Rechnungsabgrenzung	165		5'909	
Total RECHTSSCHUTZKASSE	291'010		305'080	
TOTAL AKTIVEN	693'275		683'676	
PASSIVEN				
VEREINSKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		178'275		178'037
Rückstellungen		25'000		0
Kapital am Anfang		68'536		41'601
Bilanzgewinn/-vortrag		1'229		26'935
Total VEREINSKASSE		273'040		246'573
JUBILARENKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		0		0
Kapital am Anfang		10'176		5'915
Bilanzgewinn/-vortrag		4'078		4'261
Total JUBILARENKASSE		14'254		10'176
KAMPFKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		4'700		0
Kapital am Anfang		121'847		92'217
Bilanzgewinn/-vortrag		-11'576		29'630
Total KAMPFKASSE		114'971		121'847
RECHTSSCHUTZKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		13'183		0
Kapital am Anfang		305'080		312'492
Bilanzgewinn/-vortrag		-27'253		-7'412
Total RECHTSSCHUTZKASSE		291'010		305'080
TOTAL PASSIVEN		693'275		683'676
	693'275	693'275	683'676	683'676

Erfolgsrechnung 01.07.2010 bis 30.06.2011

	Erfolgsrechnung Vorjahr		Erfolgsrechnung 2010/2011		Budget 2010/2011		Budget Folgejahr	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
VEREINSKASSE								
Erlös Mitgliederbeiträge		402'980		383'968		396'000		382'000
Erlös Diverses		61'414		64'061		57'000		63'000
Betriebsertrag	464'394		448'030		453'000		445'000	
Administrationsaufwand	11'790		11'452		11'000		11'000	
Aufwand für Drittleistungen	1'039		910		1'000		1'000	
Aufwand Veranstaltungen	15'752		17'736		18'000		18'000	
Aufwand Nebenkassen	0		8'000		0		0	
Aufwand Verbandszeitschrift	25'974		29'872		35'000		35'000	
Bruttoergebnis nach Kernprozessen	409'839		380'060		388'000		380'000	
Personalaufwand	354'334		343'438		355'000		350'000	
Übriger Personalaufwand	7'343		4'895		7'000		7'000	
Bruttoergebnis nach Personal	48'162		31'726		26'000		23'000	
Aufwand Sachversicherungen	354		533		500		500	
Informatikaufwand	3'994		18'204		10'000		10'000	
Werbung	10'725		4'337		5'000		5'000	
Aufwand Rechnungsrevision	1'528		1'614		1'600		1'600	
Betriebsergebnis	31'561		7'039		8'900		5'900	
Finanzerfolg		540		190		500		500
Betriebsergebnis nach Finanzerfolg	32'101		7'229		9'400		6'400	
Abschreibungen Informatik	3'705		3'677		4'000		4'000	
Betriebsergebnis nach Abschreibungen	28'396		3'552		5'400		2'400	
Ausserordentlicher Ertrag		0		0		0		0
Erfolg VEREIN vor Steuern	28'396		3'552		5'400		2'400	
Steueraufwand	1'461		2'323		1'600		2'000	
Erfolg VEREIN	26'935		1'229		3'800		400	
JUBILARENKASSE								
Erlös Beiträge		10'559		9'955		10'000		10'000
Aufwand Auszahlungen/Feier	6'292		5'869		7'000		7'000	
Finanzerfolg		-6		-9		10		10
Erfolg JUBILARENKASSE	4'261		4'078		3'010		3'010	
KAMPFKASSE								
Erlös Beiträge		29'234		8'000		0		0
Diverser Aufwand	418		19'547		18'000		20'000	
Finanzerfolg		814		-29		800		400
Erfolg KAMPFKASSE	29'630		11'576		17'200		19'600	
RECHTSSCHUTZKASSE								
Erlös Beiträge		0		0		0		0
Verwaltungsaufwand	13'294		13'183		14'000		14'000	
Diverser Aufwand	3'337		3'065		20'000		20'000	
Finanzerfolg		9'219		-11'005		5'000		5'000
Erfolg RECHTSSCHUTZKASSE	7'412		27'253		29'000		29'000	
Erfolg Gesamtorganisation	461'340 53'414 514'754	514'754	488'655 33'523 488'655	455'132 488'655	508'700 39'390 508'700	469'310 508'700	506'100 506'100	460'910 45'190 506'100

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2010/2011



Bericht der Revisionsstelle zur
Jahresrechnung auf den 30. Juni 2011
an die Delegiertenversammlung des
Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland für das am 30. Juni 2011 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vereinsvorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Verein vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entsprechen.

CENTRA TREUHANDGESELLSCHAFT AG

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Hagmann", is written over the printed name of the expert.

Paul Hagmann, Revisionsexperte

Sparen an der Bildung ist teuer!

Newsletter der LVB-Geschäftsleitung vom 29.06.2011

Der LVB und die Amtliche Kantonalkonferenz der Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer AKK sind sich einig: Das kürzlich vorgestellte «Entlastungspaket 12/15» hat verheerende Folgen für die Baselbieter Schulen und damit für die Kinder und Jugendlichen in unserem Kanton. Die Sparmassnahmen bewirken Qualitätsabbau und verschlechtern Schulbetrieb und Unterricht. Resultat wird sein, dass weniger Jugendliche den Sprung ins Erwerbsleben schaffen werden und die Baselbieter Wirtschaft Schaden nimmt.

In den vergangenen Tagen haben sich Hunderte von Lehrpersonen aller Stufen an einer Online-Umfrage des LVB zu den Folgen des Sparpakets beteiligt. Gestützt auf die Rückmeldungen von der Basis fordern die Lehrpersonenverbände die Ablehnung der regierungsrätlichen Sparvorschläge im Bildungsbereich. Insbesondere die Kürzung der Zeitressourcen für den Unterricht ist nicht akzeptierbar. Sie ist kontraproduktiv, kurzfristig und ausserdem widersprüchlich. Auch die meisten anderen Massnahmen gehen auf Kosten der Baselbieter Kinder und Jugendlichen.


Abbau beim Unterricht

Eine Kürzung der den Lehrerinnen und Lehrern für den Unterricht zur Verfügung stehenden Zeitressourcen verunmöglicht es, den heutigen Bildungsstandard zu halten. Sie senkt die Qualität an den Baselbieter Schulen. Eine Kürzung wäre nur verantwortbar, wenn gleichzeitig auch Teile des Berufsauftrags redimensioniert würden. Die geforderte Effizienzsteigerung wird von den Lehrerinnen und Lehrern bereits erbracht. Seit Jahren bewältigen sie bei gleich bleibenden Arbeitszeiten und real sinkenden Löhnen ein ständig wachsendes Pflichtenheft! Zahlreiche Studien und die kürzlich durchgeführte Mitarbeiterumfrage der Bildungsdirektion belegen sogar, dass im Gegenteil grosser Bedarf für eine Aufstockung der Arbeitszeit pro Unterrichtslektion besteht.

Gefährdung von HarmoS

Eine Kürzung der Ressourcen bedroht ausserdem die angestrebte Umsetzung von HarmoS erheblich. Es genügt nicht, nur die Gelder für Planung und Einführung dieses Riesenprojekts zur Verfügung zu stellen, die Implementierung der Reformen in den Folgejahren ist ebenfalls mit Mehraufwand und zusätzlichen Kosten verbunden. Noch mehr Leistung erwarten und dafür





noch weniger Ressourcen zur Verfügung stellen – das ist widersprüchlich! Entweder bekennt sich die Regierung konsequent zum HarmoS-Entscheid inklusive der damit verbundenen Ressourcenfrage oder sie kommt ehrlicherweise auf diesen Entscheid zurück.

Abstriche bei den schwächeren Schülern

Auch die übrigen Abbauvorschläge der Regierung schädigen den heutigen Bildungsstandard nachhaltig. Beispielsweise sollen ausgerechnet Angebote für schwächere Schülerinnen und Schüler (KVS, BVS2) gestrichen oder gekürzt werden. Dies läuft den mit erheblichen Geldmitteln erst kürzlich aufgebauten Betreuungsangeboten für Schülerinnen und Schüler mit Berufsfindungsproblemen (BWB) diametral entgegen und würde diese Investitionen in den Sand setzen. Höchst problematisch sind auch die Aufhebung ganzer Klassen und/oder die Erhöhung der Klassenzahlen in der Sekundarschule. Viele Eltern und Kinder würden dadurch benachteiligt.

Kurzsichtige Personalpolitik

Nicht zuletzt kritisieren LVB und AKK, dass die viel zitierte Opfersymmetrie im regierungsrätlichen Sparpaket nur auf dem Papier besteht. In Tat und Wahrheit werden die Lehrpersonen als einzelne grössere Gruppe der Staatsangestellten am schwersten und einseitig getroffen. Mit den angedrohten Lohneinbussen haben sie die Hauptlast des Sparpakets zu tragen.

Der Kanton Basel-Landschaft läuft Gefahr, mit seiner Personalpolitik ein Eigentor zu schießen: Durch die erneute Nivellierung der Arbeitsbedingungen nach unten wird die Standortattraktivität für gut qualifiziertes Unterrichtspersonal herabgesetzt. Dies ist unverständlich und steht im Gegensatz zu den Anstrengungen be-

nachbarter Kantone. Es besteht die Gefahr, dass sich im Baselland mittelfristig nicht genug geeignete junge Menschen für eine Ausbildung zum Lehrer oder zur Lehrerin entscheiden werden.

Leistungsabbau

Der Regierungsrat verschleierte sein Abbaupaket in der Schule mit dem Schlagwort «Effizienzsteigerung». Dies ist unlauter. Die Effizienz-Zitrone ist längst ausgepresst. In Tat und Wahrheit laufen die Sparvorschläge auf Leistungsabbau in der Schule hinaus. Sie beschneiden die Bildungschancen der Baselbieter Kinder und Jugendlichen und schwächen damit den Wirtschaftsstandort Baselland.

**Darum: Kein Abbau in der Schule!
Sparmanöver ohne Weitblick kommen teuer zu stehen!**

Effizienzsteigerung: Vorschläge der LVB-Mitglieder

Von Michael Weiss



Eine erfreulich grosse Zahl aktiver Mitglieder hat sich im Rahmen der LVB-Online-Umfrage an der Sammlung von Vorschlägen zur Steigerung der Effizienz im Lehrerberuf beteiligt. Binnen einer guten Woche kamen über 160 Wortmeldungen zustande, noch viel mehr Mitglieder schlossen sich bestehenden Vorschlägen an. Die gute Nachricht: Effizienzsteigerungen im Sinne der Regierung sind durchaus möglich. Die schlechte Nachricht: Ohne Einbussen bei der Unterrichtsqualität und der Berufszufriedenheit sind sie nicht zu haben.

Was bedeutet Effizienzsteigerung im Bildungswesen? Aus Sicht der Regierung etwas ganz einfaches: Mehr Arbeit in der gleichen Zeit erledigen oder gleich viel Arbeit in weniger Zeit (wofür es dann auch weniger Geld gibt).

Was in Produktions- und Dienstleistungsbetrieben durch Automatisierung und organisatorische Optimierungen bis zu einem gewissen Grad (der durch das jetzige Frankenhoch für viele exportierende Unternehmen bereits überschritten ist) möglich ist, lässt sich in der Arbeit mit Menschen kaum umsetzen. Weder Unterrichtsvorbereitungen noch das Erstellen und Korrigieren von Prüfungen oder gar das Unterrichten selbst lassen sich automatisieren. Und was man sich durch Routine und organisatorischen Überblick im Lauf der Jahre an Arbeit einspart, wird durch neue und gestiegene Anforderungen an die Lehrpersonen (Stichworte wie Heterogenität, Individualisierung, Erhöhung der Wahlfreiheiten, Zunahme der erzieherischen Aufgaben, erhöhte Anforderungen an die Differenziertheit von Beurteilungen) mehr als wieder «aufgefressen».

«Ich möchte weiterhin qualitativ guten Unterricht bieten. Ich möchte immer noch spannende, lehrreiche Exkursionen organisieren und begleiten. Ich möchte mir immer noch Zeit nehmen, wenn Schülerinnen und Schüler Probleme haben (das ist meist nicht gerade dann, wenn ich Zeit hätte). Ich möchte immer noch respektvoll den Eltern begegnen, die mich aus welchen Gründen auch immer kontaktieren. Ich möchte immer noch an einer guten Schule arbeiten und mich für diese gute Schule einsetzen. Ich möchte immer noch an sinnvollen Sitzungen und Konventen teilnehmen und mitreden können. Ich möchte meinen Beruf eigentlich immer noch voller En-

gagement ausüben. Wo soll ich denn nur effizienter arbeiten? Wo kann ich Abstriche machen? Wo?»

«Ich bin zurzeit schlicht ratlos, wie ich meine Effizienz steigern kann.»

Wer in Kauf nimmt, dass **Effizienzsteigerung Qualitätsabbau** bedeutet, hat es bei der Suche nach Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung deutlich einfacher:

«Mir war es bisher ein Anliegen, in den Fächern mit nur zwei Wochenlektionen auf Sekundarstufe I (z.B. Geschichte, Geographie, Biologie) mehr als die gesetzlich veranschlagte Mindestanzahl von drei Prüfungen pro Semester durchzuführen. Damit war nämlich sichergestellt, dass der Stoff pro Prüfung nicht zu umfangreich war. Ausserdem konnte man als Schüler(in) einen negativen Ausreisser leichter wieder ausmerzen. Im Sinne der von der Regierung geforderten Neuerungen werde ich mich künftig konsequent auf drei Prüfungen pro Semester beschränken.»

«Das seriöse Korrigieren und Kommentieren von Aufsätzen erfordert einen aussergewöhnlich hohen Zeitaufwand. Im Sinne der von der Regierung geforderten Neuerungen werde ich künftig auf Aufsätze verzichten und vermehrt Wörterdiktate zum Einsatz bringen.»

«In Zukunft werde ich vermehrt mündlich statt schriftlich prüfen. Damit entfällt das ineffiziente Korrigieren, und in den so genutzten Unterrichtsstunden reduziert sich der Vorbereitungsaufwand deutlich.»

«Ich werde Prüfungen mehrere Jahre verwenden, auch auf die Gefahr hin, dass sie dann bereits bekannt sind.»

«Ich werde weniger individualisierende Angebote bereitstellen, weniger Werkstattunterricht vorbereiten und wieder mehr Frontalunterricht durchführen.»

«Bis jetzt habe ich sehr viel Zeit für die Vorbereitung meines Unterrichts und meiner Projekte gebraucht. Ab sofort hole ich meine alten Ordner vom Schrank und frische die alten Preps leicht auf [...].»

Die **Forderung nach mehr Effizienz** stösst gerade denjenigen Kolleginnen und Kollegen sauer auf, denen ein guter Unterricht immer schon wichtiger war als das Vermeiden von Überzeit. Sie engagieren sich bis an die Grenzen des Möglichen und werden durch das Aufbürden einer zusätzlichen Pflichtstunde an einen Punkt gebracht, an dem sie das hohe Niveau, das sie von sich selbst für ihren Unterricht fordern, nicht mehr erfüllen können. Das **erzeugt Frust**:

«Bisher war ich bemüht, in allen Klassen binnendifferenziert zu unterrichten, was ein erhebliches Mehr an Aufwand generiert. [...] Was aber ist der Lohn dafür? Minderbewertung und Ignoranz von Politikern?»

«Ich erarbeite in jedem Fach Arbeitsblätter und kreierte auf die jeweilige Klasse zugeschnittene Proben, ich fordere Disziplin ein, indem ich fehlbare Schülerinnen und Schüler ausserhalb des Unterrichts antraben lasse, ich lade Eltern häufiger als vorgeschrieben zu Gesprächen ein. Ich werde meine Arbeitshaltung nicht ändern können, und mein Arbeitgeber weiss natürlich, dass ich als Lehrperson um die fünfzig mit Familie kaum einen geeigneten neuen Beruf finde, und er nutzt diese Tatsache kaltschnäuzig aus. Vielleicht bin ich irgendwann total frustriert oder ausgebrannt und sehe mich nach der Pensionierung und

kann meinen Beitrag zur Guten Schule Baselland nicht mehr im bisherigen Mass leisten.»

Und was bereits ein Teilnehmer der Umfrage in seinem Beitrag festgestellt hat: «Wenn ich all die Beiträge durchgehe, fällt mir auf, wie viel «Gratisarbeit» da aus Idealismus geleistet wird. Wir haben es schliesslich mit wertvollen Menschen in der Entwicklung zu tun. Da spart man nicht gerne mit Einsatz.»

Genau dieser **Idealismus droht** nun aber **verloren zu gehen**:

«Ich habe bis anhin alle vier Jahre an unserer Schule mit den Schülerinnen und Schülern ein Musical oder Theaterstück aufgeführt, verbunden mit einem gewaltigen Mehraufwand. Im Sinne der von der Regierung geforderten Neuerungen wird mir dies in Zukunft nicht mehr möglich sein.»

«An unserer Schule führten wir bis anhin mindestens ein Lager pro Schuljahr durch. Im Sinne der von der Regierung geforderten Neuerungen muss diese Anzahl infolge der in Lagern durch die Lehrpersonen zu leistende 'Rund-um-die-Uhr-Betreuung' der Klassen halbiert werden.»

«Bis anhin habe ich mich mehrfach als Mentor für Berufsanfängerinnen und -anfänger zur Verfügung gestellt, und dies ohne annähernd adäquate Besoldung. Im Sinne der von der Regierung geforderten Neuerungen kann ich diese Dienstleistung künftig nicht mehr aufrechterhalten.»

«Als engagierte Sportlehrperson war es für mich eine Selbstverständlichkeit, Schülerinnen und Schüler unserer Schule auch an unterrichtsfreien Nachmittagen an Turniere oder andere Sportveranstaltungen zu begleiten. Im Sinne der von der Regierung gefor-

derten Neuerungen kann ich mir dies in Zukunft nicht mehr erlauben.»

«Im Sinne der Effizienzsteigerung werde ich mich als Hauswirtschaftslehrerin nicht mehr wie bis anhin verpflichtet fühlen, Schulprojekte mit Schülerinnen und Schülern oder Lehrpersonen kulinarisch zu unterstützen.»

Der schwindende Idealismus richtet sich insbesondere **gegen das Engagement ausserhalb des Kerngeschäfts**:

«Keine Projekte und Lager mehr, keine Elterngespräche, keine Einzelgespräche mit SchülerInnen bei Problemen. [...] Keine Mitarbeit mehr an Schulentwicklungen und Teamsitzungen.»

«Bis anhin legte ich grossen Wert auf Schulreisen und Exkursionen, die diesen Namen verdienen. In diesem Zusammenhang spielte es für mich auch keine Rolle, wenn ich für ein lohnenswertes Programm länger als gemäss normalem Stundenplan im Einsatz stand. Im Sinne der von der Regierung geforderten Neuerungen werde ich mich künftig auf eine kleinere Anzahl solcher Anlässe beschränken und genau darauf achten, nicht länger zu arbeiten als gemäss Unterricht nach Stundenplan.»

«Ich werde meine persönliche Weiterbildung auf das absolute Minimum beschränken.»

«Bis anhin habe ich die Dauer von Elterngesprächen dem jeweils aktuellen Zeitbedarf angepasst. Im Sinne der von der Regierung geforderten Neuerungen werde ich künftig sämtliche Elternkontakte auf maximal 30 Minuten pro Gespräch beschränken.»

«Manche Erziehungsberechtigte unterlaufen schulische Zusammenarbeitsformen rücksichtslos. Lehrpersonen, Schulleitung und Schulrat müssen dann mit unverantwortlichem Zeitaufwand Disziplinarmaßnahmen durchspielen, um letztlich eine rechtliche Handhabe zu erhalten. Aus Selbstschutz gibt die Schulleitung vermehrt klein bei. Damit gibt sie auch die Rückendeckung der Lehrpersonen preis. In Zukunft werde ich bei Verstößen entweder ebenfalls wegsehen oder eine aussichtslose Angelegenheit unverzüglich an die Schulleitung delegieren.»

Fazit: Die **Forderung der Regierung nach Effizienzsteigerung** ist eine Floskel, hinter der sich nichts anderes verbirgt als die Aufforderung zum Qualitätsabbau. Wie die Umfrage zeigt, stellen Lehrerinnen und Lehrer, welche die Forderung zur Effizienzsteigerung ernst nehmen, sehr schnell fest, dass sie diese nicht erfüllen können, ohne zu diesem Zweck noch mehr unbezahlte Überzeit als ohnehin schon zu leisten. Die Opfer, die sie dafür bei ihrer persönlichen Lebensqualität bringen sollen, sind in keiner Weise gerechtfertigt oder akzeptabel.

Damit bleibt ihnen aber nur die Möglichkeit, den von der Regierung betriebenen Bildungsabbau direkt nach unten weiter zu reichen. Und das bedeutet, dass der Auftrag der Regierung an die Lehrerinnen und Lehrer eigentlich der folgende ist: «Scheut euch nicht, Qualitätsabstriche bei eurem Unterricht zu machen! Nehmt in Kauf, wenn an Schulen künftig keine Theater- und Musikaufführungen, Vernissagen und Sportanlässe mehr stattfinden und die Schulkultur aufgrund fehlender Fach- und Arbeitsgruppen langsam wegerodiert! Verzichtet auf Reisen und Lager ebenso wie auf individuelle Weiterbildung! Traut euch, Elterngespräche mit Hin-

weis auf die begrenzten Bildungsressourcen abzuklemmen und seid bereit, auch mit 20 Jahre alten Unterrichtsmaterialien weiter zu arbeiten! Hört auf, zu individualisieren! Ignoriert Schulschwänzer und notorisch Verspätete! Eure Berufszufriedenheit wird darunter leiden, aber denkt bitte politisch und habt Verständnis dafür, dass wir euch diese Botschaft nicht in so offenen Worten überbringen können!»

Der LVB ist über die von der Regierung im Bildungswesen vorgeschlagenen Sparmaßnahmen zutiefst besorgt. Mit ihrer Forderung nach Effizienzsteigerung will die Regierung die Verantwortung für den absehbaren Qualitätsabbau den Lehrerinnen und Lehrern zuschieben. Diese Verantwortung kann und darf die Lehrerschaft nicht annehmen! Im Gegenteil: Solange die Folgen dieser kurzsichtigen, ideologisch höchst fragwürdigen und daneben auch sehr selektiven Sparpolitik für die Bevölkerung nicht offensichtlich werden, wird die Regierung die Arbeitsbedingungen an den öffentlichen Schulen ein um das andere Mal weiter verschlechtern, bis sie am Ende so miserabel sein werden, dass die guten Lehrkräfte zusammen mit den Kindern reicher, pauschalbesteuelter Eltern an teure Privatschulen abwandern: **Bildung als Zweiklassensystem.**

Noch ist es nicht so weit, denn der Landrat hat es in der Hand, dem regierungsrätlichen Sparwahnwitz den Riegel vorzuschieben. Der LVB unternimmt alle Anstrengungen, um Bevölkerung und Politik so weit zu sensibilisieren, dass der Einzug angelsächsischer Verhältnisse auch in Zukunft vermieden werden kann.

Mangel an bildungspolitischer Weitsicht: Verzicht auf die KVS

Von Heinz Bachmann



Per Direktionsentscheid will die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ab 2013 die Kaufmännische Vorbereitungsschule KVS schliessen. Damit sollen im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 jährlich 600'000 Fr. gespart werden. Wer bezahlt am Ende diese Zeche?

Eine Schule mit Leistungsausweis

Von den über 100 Jugendlichen, welche jedes Jahr die KVS besuchen, finden fast alle eine Anschlusslösung. Rund zwei Drittel von ihnen beginnen eine KV-Lehre, gut 13% gehen an die Wirtschaftsmittelschule WMS, weitere Lehrverträge werden im Detailhandel, in medizinischen und anderen Berufen abgeschlossen.

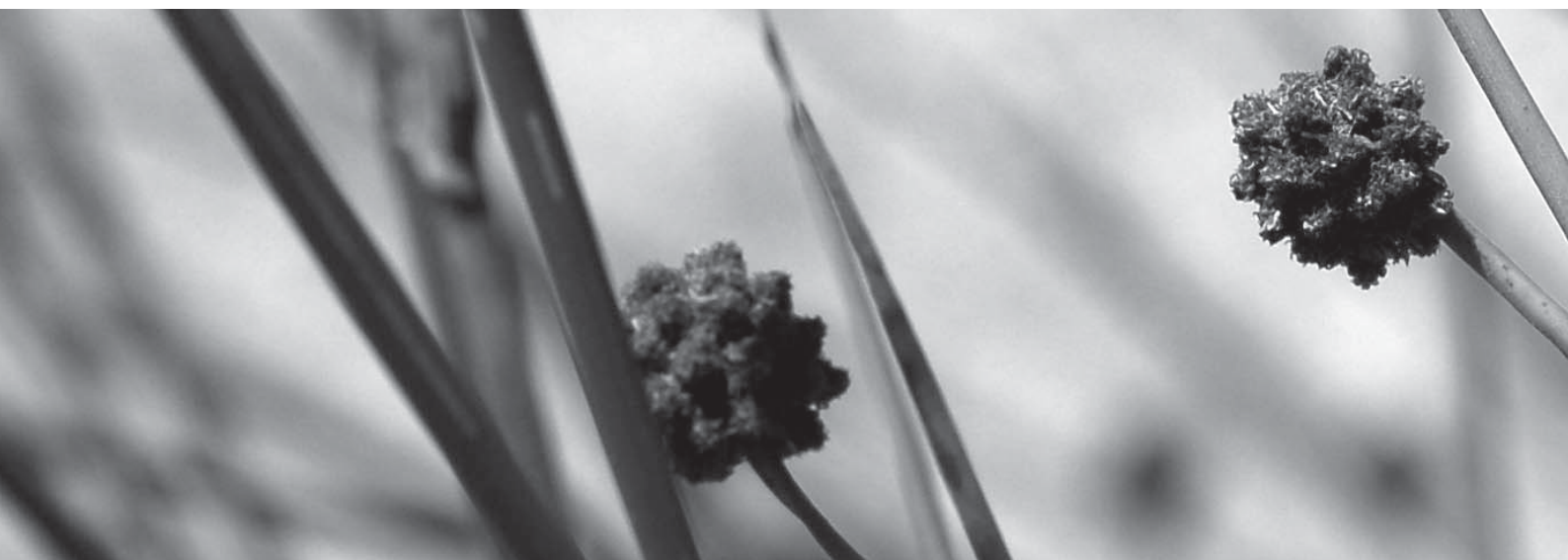
Durchlässigkeit für schwächere Schülerinnen und Schüler

«Jedes Kind hat bis zum Abschluss der Sekundarstufe II Anspruch auf eine seinen Fähigkeiten entsprechende Bildung» verspricht das Bildungsgesetz (§ 4). Die KVS löst bisher für ihr Zielpublikum dieses Versprechen vorbildlich ein, wie die obigen Zahlen belegen. Sie bietet insbesondere leistungswilligen Schülerinnen und Schülern aus dem Niveau A die Chance auf eine Lehre in einem anspruchsvollen Berufsfeld. Diese Jugendlichen brauchen häufig etwas mehr Zeit und Unterstützung, um ihre Fähigkeiten vollumfänglich entwickeln zu können, da sie zu Hause oft über keine geeignete Lernumgebung verfügen. In dieser Situation leistet das Bildungsangebot KVS einen realen Beitrag zur viel gepriesenen Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit für Kinder aus bildungsferneren Schichten.

Auswirkungen vor allem auf das Niveau A der Sekundarstufe I

Im Niveau A finden sich überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Bei dieser Bevölkerungsschicht genießen handwerklich-gewerbliche Berufe tendenziell nicht das höchste Ansehen. Die Eltern verbinden mit der Hoffnung, ihr Kind solle es einmal besser haben als sie, die Vorstellung, ihr Sohn oder ihre Tochter habe in einem Beruf, in welchem man «sich die Hände nicht schmutzig machen muss», die besten Chancen. Gleichzeitig ist das familiäre Umfeld oft kaum in der Lage, das Kind in seinem schulischen Fortkommen wirksam zu unterstützen.

Dies führt zu einer schwierigen Berufswahlsituation: Handwerkliche Berufe werden abgelehnt, doch für die kaufmännischen Berufe sind die Schulleistungen nicht ausreichend. Für diese ungünstige Ausgangslage am Ende der obligatorischen Schulzeit wird dann allzu gerne das Niveau A verantwortlich gemacht, «aus welchem man ja seine Berufsziele nicht erreichen kann». Bisher war es möglich, mit dem Weg über die KVS eine realisierbare Perspektive für schulisch schwächere, jedoch leistungswillige Schülerinnen und Schüler aufzuzeigen.



Keine Herabwürdigung der handwerklichen Berufslehren

Um Fehlinterpretationen vorzubeugen: Die Lehrpersonen der Sekundarstufe I sind sich bewusst, dass motivierte Jugendliche mit einer Lehre im handwerklichen Bereich ausgezeichnete Chancen für eine berufliche Laufbahn haben und informieren Schülerinnen, Schüler und Erziehungsberechtigte selbstverständlich dementsprechend. Unabdingbare Voraussetzungen für eine positive Entwicklung sind aber erfahrungsgemäss die Motivation und das Interesse für einen Beruf. Jugendliche, die sich für kaufmännische Berufe grundsätzlich besser eignen als für handwerkliche, die schulischen Kompetenzen dafür aber noch nicht mitbringen, können sich diese in einem Jahr in der KVS erarbeiten.

Das dreigliedrige Bildungssystem auf Sek. I ist gefährdet

Wenn auf der einen Seite immer mehr Kinder mit Lernschwierigkeiten ins Niveau A integriert und andererseits «Aufstiegs-Perspektiven» wie eben die KVS aus dem Bildungsangebot weggespart werden, wird schnell ein enormer zusätzlicher Druck aus dem Niveau A in Richtung Niveau E entstehen – mit entsprechend sinkendem Leistungsniveau in beiden Abteilungen. Wenn sich das «Keine-Perspektive-Image» für das Ni-

veau A weiter verstärkt, gerät die dreigliedrige Sekundarstufe I im Kanton Basellandschaft, für die sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit grossem Mehr ausgesprochen haben, durch Erosion von innen aus dem Gleichgewicht.

Ein Entscheid wider die bildungspolitische Logik

Die für die Bildungspolitik Verantwortlichen versuchen seit geraumer Zeit mit beträchtlichem Aufwand, die Marke «Gute Schule Baselland» im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Damit die Öffentlichkeit aber mittel- und längerfristig die Botschaft glaubt, muss der Inhalt das Versprochene einlösen.

Bildungsangebote statt Slogans

Ein gutes Bildungssystem besteht nicht durch pädagogische Parolen wie «Kein Abschluss ohne Anschluss», «Durchlässigkeit», «Individualisierung» oder «Integration», sondern durch zielführende Bildungsangebote. Der Schulträger wird mit seiner «Guten Schule Baselland» unglaubwürdig, wenn er «Durchlässigkeit» predigt und gleichzeitig Angebote wie die KVS, welche Durchlässigkeit erfolgreich umsetzen, einem kurz-sichtigen Spardiktat opfert.

Sparen kann teuer sein

Wer an seinem Auto die notwendigen Service- und Wartungsarbeiten «einspart», wird mittelfristig beträchtlich höhere Kosten berappen müssen. Analog muss ein Kanton, welcher erfolgreiche Bildungsangebote wie die KVS streicht, mittelfristig mit bedeutend höheren Ausgaben für Jugendliche rechnen, welche nach der obligatorischen Schulzeit keine ihnen entsprechende Anschlusslösung finden. Und dafür wird übrigens bereits heute sehr viel Geld ausgegeben!

Widerstand regt sich

Inzwischen hat ein breit abgestütztes überparteiliches Komitee die Initiative «Kein Bildungsabbau» eingereicht, mit welcher die allfällige Schliessung der KVS rückgängig gemacht werden soll. Der LVB unterstützt dieses Bestreben nach Kräften.



Die Pendenzenliste der BKSD

Von Christoph Straumann

Die laufenden Diskussionen rund um das Sparpaket bergen die Gefahr, dass eine ganze Reihe anderer wichtiger Themenbereiche aus dem Aufgabengebiet der BKSD zu stark in den Hintergrund tritt und damit nur schleppend einer Bearbeitung zugeführt wird. Im Interesse eines geklärten Arbeitsverhältnisses für die Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer regte der LVB vor einigen Tagen ein Treffen der LVB-Geschäftsleitung mit der BKSD-Spitze zur Erörterung der aktuellen Situation dieser Pendenzen an. Aus LVB-Sicht müssen die folgenden Punkte rasch angegangen werden:

Weisungen zur Umsetzung der neuen Ferienregelung

Dass die vom Gesamtregerungsrat getroffene Regelung zu den zusätzlichen Ferientagen nicht zu genügen vermag, ist hinlänglich bekannt. Der LVB hat nach Bekanntwerden des Entscheids umgehend eine verbindliche, mit dem Sozialpartner besprochene Handlungsanweisung der BKSD an die Schulleitungen verlangt. Die BKSD hat in einer Mitteilung an die Schulleitungen diese sozialpartnerschaftlichen Gespräche wohl angekündigt, den Lehrerverbänden aber noch keine entsprechende Einladung zukommen lassen.

Etablierung einer Arbeitsgruppe «Organisation der Arbeitszeit»

Im Zusammenhang mit den neuen Ausbildungen an den Pädagogischen Hochschulen wurden Arbeiten zur Anpassung der entsprechenden Grundlagen in der kantonalen Lohnsystematik nötig. Bei den sozialpartnerschaftlichen Gesprächen zur Revision der für die Lohnfindung relevanten Modellumschreibungen hat sich gezeigt, dass neben diesen Arbeiten zum Lohnsystem im Schulbereich auch eine Neufassung der Umschreibung der arbeitszeitlichen Organisation unumgänglich sein wird. Bis anhin waren die das Pensum definierenden Pflichtstunden der einzelnen Schulstufen auch im so genannten Lehrerfunktionskatalog beschrieben, der nun aus systemischen Gründen jedoch wegfallen soll. Der LVB hat deshalb schon vor einiger Zeit deklariert, dass er nur zu einem Gesamtpaket der angestossenen Revision, das neben den neuen Modellumschreibungen auch die offenen Fragen zur Arbeitszeit und zu entsprechenden Übergangsbestimmungen umfassen muss, verbindlich Stellung nehmen können wird. Diese Forderung wurde gehört und inzwischen in den Unterlagen festgehalten. Das bedeutet, dass jetzt möglichst

rasch neben den angelaufenen Arbeiten zu den Modellumschreibungen auch die Gespräche zur Arbeitszeitorganisation aufgenommen werden müssen, wenn Verzögerungen im Gesamtprojekt vermieden werden sollen.

Arbeitsverträge und Arbeitszeit an Musikschulen

Seit längerer Zeit sind die Arbeitsbedingungen an Musikschulen aus der Sicht der Personalverbände LVB und LMS nicht befriedigend geklärt. Längerfristige Sicherheit hinsichtlich der Anstellungsverträge und eine zufriedenstellende Regelung zu den Arbeitszeiten lassen auf sich warten.

Anpassungsarbeiten zum «neuen MAG»

Das Personalamt hat eine neue Form des Mitarbeitergesprächs (MAG) inklusive der dazugehörigen Formulare erarbeitet. Beim Verwaltungspersonal werden zurzeit probeweise Erfahrungen mit den neuen Prozessbeschreibungen gesammelt. In der aktuellen Fassung ist die neue MAG-Variante für den Schulbetrieb absolut untauglich. Der LVB hat deshalb verlangt, dass dieses neu gestaltete Führungsinstrument für einen künftigen Einsatz an den Schulen in erheblichem Masse anzupassen sei. Weitere Verfahrensschritte für die Vorbereitung der Einführung im Bildungswesen sind bisher nicht initiiert worden.

Landratsvorlage

«Integrative Schulung»

Schon seit einiger Zeit angekündigt, bis heute aber noch nicht veröffentlicht wurde eine vom AVS erarbeitete Landratsvorlage zur «Integrativen Schulung». Der LVB ist gespannt, ob darin die von den Lehrerorganisationen geforderten Ressourcen enthalten sein werden oder ob diese Vorlage erneut Anlass zu massivem Widerstand geben wird.

Arbeitsrechtliche Fragen im Projekt

«Bildungsharmonisierung»

Obschon im Rahmen der Projektor-ganisation «Bildungsharmonisierung» auch zu diesem Thema ein so genannter «Workshop» stattgefunden hat, ist noch gar nichts geklärt. Die Fragen des LVB zur Personalplanung im Zusammenhang mit dem Übergang von 5/4 auf 6/3 oder die genauen Bedingungen und Angebote zur Nachqualifikation auf der Primar- und Sek-I-Stufe sind bisher nicht ausreichend beantwortet worden. Für eine saubere Planung brauchen Schulleitungen und Lehrpersonen aber jetzt die verbindlichen Angebote und Zusicherungen des Arbeitgebers.

Die allgemeine Unsicherheit bezüglich der aktuellen und künftigen Arbeitsbedingungen des Lehrpersonals an den einzelnen Schulen ist dieser Tage gross. Wenn der Arbeitgeber will, dass sein Personal den Kopf für die bevorstehenden Umbauarbeiten des Schulsystems frei hat, muss er diese offenen Punkte unverzüglich angehen und noch in diesem Jahr klare, transparente Entscheide herbeiführen. Der LVB wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen und seine Mitglieder weiterhin auf dem Laufenden halten.

Abschied eines hochkarätigen Dreigestirns – Wir ziehen den Hut!

Von der LVB-Geschäftsleitung

Es war nicht so geplant und wurde trotzdem Realität: Im Verlaufe des vergangenen Geschäftsjahres musste die LVB-Geschäftsleitung neben einem seit längerer Zeit absehbaren, altersbedingten Rücktritt von Myrtha Michot auch die kurzfristigeren, aber dennoch bestens nachvollziehbaren Demissionen von Doris Boscardin und Bea Fünfschilling zur Kenntnis nehmen. Alle drei Kolleginnen verbindet ein langjähriges, intensives Engagement mit dem LVB für die Anliegen der Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer.



**Myrtha Michot,
Ressort «Aktuariat»**

Myrtha Michot war seit 1997 in der LVB-Geschäftsleitung tätig. Sie mag nach aussen hin nicht so stark wahrnehmbar gewesen sein, denn Myrtha Michot zog eher im Hintergrund die administrativen Fäden. Ihre Arbeit war aber für den Verband von grosser Bedeutung und wurde dementspre-

chend sehr geschätzt. Als Aktuarin war Myrtha Michot verantwortlich für den Austausch verbandsinterner Informationen, die Organisation diverser Vereinsanlässe sowie die Pflege weiterer gesellschaftlicher Kontakte. Diese Aufgaben bereiteten ihr sichtlich Freude. Auf diese Weise kam ihre Begabung für prägnantes Formulieren und stimmiges Arrangieren bestens zum Tragen. Myrtha Michot setzte in diesen Bereichen ausgesprochen hohe Standards. Daneben stand sie den anderen GL-Mitgliedern bei den verschiedensten Geschäften immer mit beratender Stimme zur Seite und nahm so Einfluss auf die Geschicke des Gesamtverbandes.

Nun geht Myrtha Michot in den wohlverdienten Ruhestand und wird dadurch zusammen mit ihrem Mann endlich mehr Zeit in ihrem geliebten Tessiner Domizil verbringen können.



**Doris Boscardin,
Ressort «Publikationen und Pädagogik»**

Doris Boscardin absolvierte im LVB eine zweistufige «Karriere»: Bereits ab Sommer 1998 nahm sie an den Sitzungen des Kantonalvorstands teil. Sie vertrat in diesem Gremium die Anliegen der Gymnasialstufe mit grosser

Hingabe, hatte sie sich doch in der vorangegangenen Zeit auf dem politischen Parkett bereits sehr intensiv und erfolgreich gegen die Verkürzung der Gymnasialzeit zur Wehr gesetzt. Ab dem Schuljahr 2003/2004 übernahm Doris Boscardin dann eine Funktion in der LVB-Geschäftsleitung. Neben dem Einbringen der Optik der Sekundarstufe II in die GL-Diskussionen war sie in erster Linie für die Bereiche «Pädagogik» und «Publikationen» zuständig. Mit wachem Auge durchforstete sie permanent den regionalen und überregionalen Blätterwald und stiess dabei immer wieder auf relevante und interessante Themen, die auch die Lehrerinnen und Lehrer im Baselbiet betrafen. Dabei lag ihr Fokus oft auf ihrem Spezialgebiet, dem Fremdsprachenunterricht.

Für den LVB von entscheidender Bedeutung und grossem Nutzen war ihr Engagement für unsere Verbandszeit-

schrift LVB-Infom. Neben dem Verfassen ihrer eigenen Beiträge redigierte sie mit enormem Zeitaufwand die Texte der anderen Autorinnen und Autoren, um eine möglichst grosse Kohärenz des LVB-Printauftritts zu gewährleisten. Auch das Wirken von Doris Boscardin beschränkte sich nicht auf ihr engeres Pflichtenheft im Rahmen ihres Ressorts. Vielmehr brachte sie ihre klaren Vorstellungen zur Strategie des Verbandes in die oftmals intensiven Diskussionen der Geschäftsleitung ein.

Um mehr Zeit für ihre anderen, insbesondere kulturellen Interessen zur Verfügung zu haben, möchte sie nun ein wenig kürzer treten. Auch wenn wir diesen Schritt sehr bedauern, haben wir grosses Verständnis dafür. Glücklicherweise schätzen wir uns jedoch darüber, dass Doris Boscardin den LVB weiterhin engagiert im Bildungsrat und in der FEBL vertreten wird.



Bea Fünfschilling, Präsidentin

Ihre grosse politische Erfahrung sammelte Bea Fünfschilling bereits vor ihrer aktiven «LVB-Zeit». Als langjähriges Mitglied des Binner Gemeinderates - und speziell als dessen Präsidentin - hatte sie das politische Handwerk von der Pike auf gelernt. Nach Beendigung dieser Tätigkeit ging es rasant voran: Bea Fünfschilling wurde im Sommer 2004 in den Kantonalvorstand und die Geschäftsleitung des LVB gewählt, praktisch gleichzeitig gelang ihr auch der Sprung in den Landrat. Mit dieser Konstellation war allen Geschäftsleitungsmitgliedern klar, dass Bea Fünfschilling nach Max Müllers Demission das LVB-Präsidium übernehmen sollte. Ab Sommer 2007 leitete sie dann tatsächlich die Geschicke unseres Berufsverbandes.

Hauptsächlich zwei grosse bildungspolitische Auseinandersetzungen sind im kollektiven Gedächtnis nachhaltig mit Bea Fünfschillings Engagement verknüpft: die Privatschulinitiative und HarmoS. Die überdeutliche Ablehnung der so genannten «Privatschulinitiative» durch das Baselbieter Stimmvolk im Herbst 2008 markierte mit Sicherheit einen ihrer grössten Erfolge, für den sie viel Zeit und Energie aufgewendet hatte. Noch heftiger ging es während des Abstimmungskampfes zu den HarmoS-Vorlagen zu

und her. Die ablehnende Haltung des LVB zum Reform-Grossprojekt zeitigte insbesondere für die Präsidentin massiven Gegenwind in mannigfaltiger Ausprägung: Schwierige Podien, angriffige Medien und eine zweite Lehrerorganisation, die einen völlig anderen Kurs verfolgte, wurden zur fast täglichen Herausforderung. Davon unbeeindruckt stand sie jederzeit ihre Frau. Wir haben Bea Fünfschilling gerade in dieser Zeit als überaus kämpferische Person erlebt, die sich mit vollem Elan für ihre Überzeugungen einsetzt und dabei keinen Aufwand und keinen Auftritt scheut - ein echtes «Animal politique» eben. Auch wenn der Souverän schliesslich nicht der LVB-Argumentation folgte, darf gerade im Lichte der aktuellen Sparmassnahmen betont werden, dass die bereits damals formulierte Sorge des LVB hinsichtlich der ausreichenden Finanzierung des «Schul-Umbaus» wohl nicht einfach nur aus den Fingern gesaugt war.

Eine schwerwiegende medizinische Diagnose zwang Bea Fünfschilling im vergangenen Herbst zu einem radikalen Stopp. Die Krankheit und die damit verbundene Abwesenheit von ihrer LVB-Tätigkeit bewogen sie bereits im Dezember 2010 dazu, auf Ende des laufenden Geschäftsjahres von ihrem Präsidialamt zurückzutreten. Diesen Entscheid nahmen wir mit grossem Bedauern zur Kenntnis. Wir wünschen ihr auf ihrem Genesungsweg weiterhin nur das Allerbeste.

Die neue LVB-Geschäftsleitung bedankt sich im Namen des ganzen Berufsverbandes von Herzen bei Myrtha Michot, Doris Boscardin und Bea Fünfschilling für ihren immensen Einsatz im Dienste der Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer und wünscht ihnen auf ihrem weiteren Lebensweg Gesundheit, Glück und Zufriedenheit!

P.S. Wer ist berufener, noch ausführlicher über diese drei Damen zu berichten, als jene Person, die massgeblich an deren Einstellung in den LVB-Dienst verantwortlich war? Wir haben deshalb unseren Ehrenpräsidenten Max A. Müller gebeten, aus seiner Sicht einen Blick auf die Zeit mit Myrtha Michot, Doris Boscardin und Bea Fünfschilling zu werfen. Sie finden diese Rückschau im direkten Anschluss an diesen Artikel.

Myrtha Michot. Doris Boscardin. Bea Fünfschilling. Drei starke Lehrerinnen geben ihre Funktion im LVB ab

Von Max A. Müller, LVB-Ehrenpräsident

Für den LVB war es eine gute Zeit, und jetzt gibt es drei schöne Abgänge. Der Verband ging seinerzeit auf die drei Kolleginnen zu, weil klar war, dass die ihren Beruf können: mit ihrer hochstehenden Ausbildung in den jeweils hauptsächlich unterrichteten Fächern Latein, Französisch und Englisch, ausgestattet mit einer arrondierten Philosophie zum Zweck der Schule, mit geklärten Vorstellungen von effizientem, anforderungsreichem Unterricht und einem souveränen und respektvollen Umgang mit den Schülerinnen und Schülern. Kleine Milizorganisationen wie der LVB leben von der Klasse ihrer Mitarbeitenden.

Myrtha Michot war zuständig für die Basisfunktionen der verbandsinternen Kommunikation, ohne die einfach kein Betrieb läuft. Sie besorgte Protokolle von herausragender sprachlicher Klarheit, dazu kamen unzählige Versände, Archivierungen, Reservationen, Bestellungen und Verkäufe, alles perfekt, zuverlässig und termingenaue. Sie organisierte Anlässe und Jubiläen und pflegte die dazu erforderlichen persönlichen Kontakte, alles Leistungen von unverzichtbarem Wert.

In die Beratungen der Geschäftsleitung brachte sie einen auf ihrer beruflichen Kompetenz basierenden Sachverstand ein. Dass im Lernerfolg vor den Preis auch Begabung und Fleiss gesetzt sind, stand für sie ausser Frage, und die Erhaltung eines in Aufwand und Ertrag ausgewogenen Unterrichts, geschult an den Gepflogenheiten, wie sie in der Lateinstunde üblich sind, war ihr ein Anliegen. Myrtha Michot hatte in Fragen der Berufspolitik immer eine wohldurchdachte Meinung, und ihre Aufgabe erledigte sie mit Schwung. Ein Glücksfall für den LVB.

In den Schlachten von VSG und LVB um die Gymnasialzeitverkürzung in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre war Doris Boscardin nicht zu übersehen. Im Lichte ihrer klaren Ansage, ihrer Tatkraft, die sie mit Zivilcourage und blitzschneller Auffassung von Problematiken verband, vor allem aber auch angesichts ihrer glänzenden Performance, schriftlich wie mündlich, wäre der damalige LVB schlecht beraten gewesen, die Kollegin nicht um ihre Mitarbeit zu bitten. Basis: Schule soll über exemplarischen Unterricht das erforderliche Wissen über die Welt vermitteln und die zur Lebensgestaltung unerlässlichen Fertigkeiten ausbilden, dabei sollte kostbare Unterrichtszeit nicht vergeudet werden.

Das waren brillante Auftritte, alles hatte Power und immer eine Eleganz in der Ausführung. Sie trat ein für die regelmässige fachliche Auffrischung und Nachbildung der Lehrpersonen, was Vorrang haben sollte vor dem gegenseitigen Lausen im schulentwickelnden Pelz der Befindlichkeiten. Doris Boscardin setzte sich deshalb ein für eine anspruchsvolle Lehrerfortbildung, vor allem in den Fachbereichen, in der Erwachsenenbildung ebenso wie im Bildungsrat. Sie war bestens auch mit den schreibfleissigsten Unterlagen vertraut, erfasste deren Wert im Kern und erkannte sicher, wo die Schreibtischprodukte jeweils ihre Pferdefüsse hatten. Sie analysierte die Planungen zur Frühfremdsprachendidaktik und formulierte dazu die unerlässlichen Konditionen, die einzuhalten waren. Sie war belastbar, arbeitete atemberaubend schnell und effizient, war präzise und sachlich im Auftritt und durch rein gar nichts aus dem Konzept zu bringen. Ausserdem redigierte sie Verbandstexte perfekt und sorgte damit für den gepflegten Auftritt der Verbandszeitschrift LVB-Info. Klasse.

Auf der Basis ihres politischen Vorlebens als Gemeinderätin und -präsidentin wusste Bea Fünfschilling, wie Politik in ihren Synkopen funktioniert. Dreissig Jahre vorgängige Unterrichtserfahrung hatten ihr ausserdem ein gereiftes Bild von den Erfordernissen im Bildungswesen verschafft. Ihrer Ansicht nach konnte es keinen Sinn machen, im Reformtheater der edlen Erwartungen einen Unfug nicht Unfug zu nennen; ein «Ja-aber» zu untauglichen Planspielen werde immer sofort als volles «Ja» kassiert, die unerlässlichen Voraussetzungen für ein mögliches Gelingen fielen dann aber regelmässig unter den Tisch, und den Schaden hätten am Ende nicht die Planer. Deshalb brauche es, wenn nötig, rechtzeitig ein hartes Nein und die

schlaueren Alternativen zum Thema. Auf diesem Feld leistete die Präsidentin des LVB Hervorragendes.

Auf der Erkenntnis, Schule sollte auch eine Institution zur Einführung der Kinder und Jugendlichen in soziale Öffentlichkeit sein, der Schulbetrieb könne deshalb keinen Familienersatz veranstalten, gründeten ihre Bedenken gegenüber vielen der aktuellen Planungsabsichten. Nicht selten war sie im Konzert bestallter Gutfinder die einzige kritische Stimme, indem sie Konsequenzen aufzeigte, indem sie an die Möglichkeiten und Erfahrungen im real durchführbaren Unterricht erinnerte, bloss gut gemeint sei eben selten schon gut gemacht. In den vielen Gremien, in denen Bea Fünfschilling wirkte, überzeugte sie auch – oder hinterliess Zeitgenossinnen und Zeitgenossen, die unerfreut wussten, woran sie waren und worauf sie sich einzustellen hatten. Dazu übernahm sie Verantwortung, und solcherlei Klarheit trug ihr den Respekt, die Zustimmung und die Unterstützung vieler Lehrerinnen und Lehrer ein, die wohl begriffen hatten, dass sich hier jemand hellstichtig für eine gute Zukunft ihres Berufsstands einsetzte.

Bea Fünfschillings Auftritt war souverän und an Klarheit nicht zu überbieten, ihr Votum begründet, ihre Hartnäckigkeit auch im steifsten Gegenwind vom Besten, und alles immer in einem tatkräftig heiteren Führungsstil. Ihr Mut gründete in der Erkenntnis, dass keinem Kampf jeweils vor Beginn eine Erfolgsaussicht bescheinigt ist und dass es am Schluss dann eben doch fast immer zum Sieg reicht, dass es aber in jedem Fall besser herauskommt, als wenn man klein beigeben oder -schöngeredet - «konstruktiv» kapituliert hätte.

Bea Fünfschilling leitete die Kampagne gegen die «Freie Schulwahl»-Initiative,

die sich unvorsichtigerweise LVB-Territorium als Premierenplatz ausgesucht hatte, die Abfuhr wirkte danach schweizweit. Beruf und Verbandstätigkeit und insbesondere die Vorbehalte gegen den Slapstick der HarmoS-Umsetzungen im Baselland baute sie auf der Erkenntnis auf, dass es schon immer zum vernünftigen Lernerfolg drei Dinge brauchte: eine Lehrperson, die fachlich viel kann, – ganz erheblich mehr, als im Unterricht jemals einzusetzen ist –, ausserdem Schulverhältnisse, die einen anforderungsreichen und störungsarmen Unterricht überhaupt ermöglichen und schliesslich Schülerinnen und Schüler, die willens und in der Lage sind, unter solchen Bedingungen ihre Möglichkeiten in Begabung und Einsatz wahrzunehmen – was auch für neue Kreationen in der Pädagogik gelten müsste ...

Da sie solche Bedingungen in weiten Bereichen der aufgelegten Planungen nicht ausreichend erfüllt sah, trat sie für Lösungen an, die an den Realitäten orientiert waren, immer gestützt auf Beschlüsse der Verbandsbasis. Es gelang ihr, auch in ihrer Funktion als Parlamentsmitglied und dort immer loyal gegenüber den Verbandsinteressen, gelegentlich auch über Parteigrenzen hinweg, vor allem auf das ungeklärte Verhältnis von Aufwand und Ertrag von schönem Neuem aufmerksam zu machen. Bea Fünfschillings Beiträge waren am Schulerfolg der Kinder und Jugendlichen orientiert und den Interessen des Berufsstandes verpflichtet, bei Bedarf auch schnell und hart, aber immer geprägt vom Respekt gegenüber fairen Verhandlungspartnern. Übrig bleibt die zufriedenstellende Gewissheit, alles getan und nichts versäumt zu haben. Alphafunktion im Vollbild.

Allen drei Kolleginnen gemeinsam gebührt die Anerkennung, gemäss LVB-Auftrag neben ihrem Eintreten für

einen guten Unterricht auch die Interessen der Lehrerschaft hervorragend wahrgenommen zu haben. Das waren schöne Einsätze für eine angemessene Freiheit in der konkreten Berufsausübung und für akzeptable Arbeitsbedingungen. Dass der Berufsstand der Lehrerinnen und Lehrer heute mehr denn je dringend Anlass hat, gut auf sich aufzupassen, könnte ein kleines Vermächtnis sein.

Dreimal Performance bei vollem Einsatz und in bewundernswert spielerischer Leichtigkeit. Cool gemacht.

Orientierungspunkte für den Kindergarten: Basisstufe durch die Hintertür?

Von Gabriele Zückert



Grundlage des Kindergartenunterrichts ist im Basel-land zum jetzigen Zeitpunkt der Stufenlehrplan, welcher selektionsrelevante Grobziele definiert. Diese sollen nun im Rahmen der Bildungsharmonisierung offenbar durch viel weniger verbindliche so genannte «Orientierungspunkte» ersetzt werden.

Der Orientierungshilfe bedürftige Orientierungspunkte

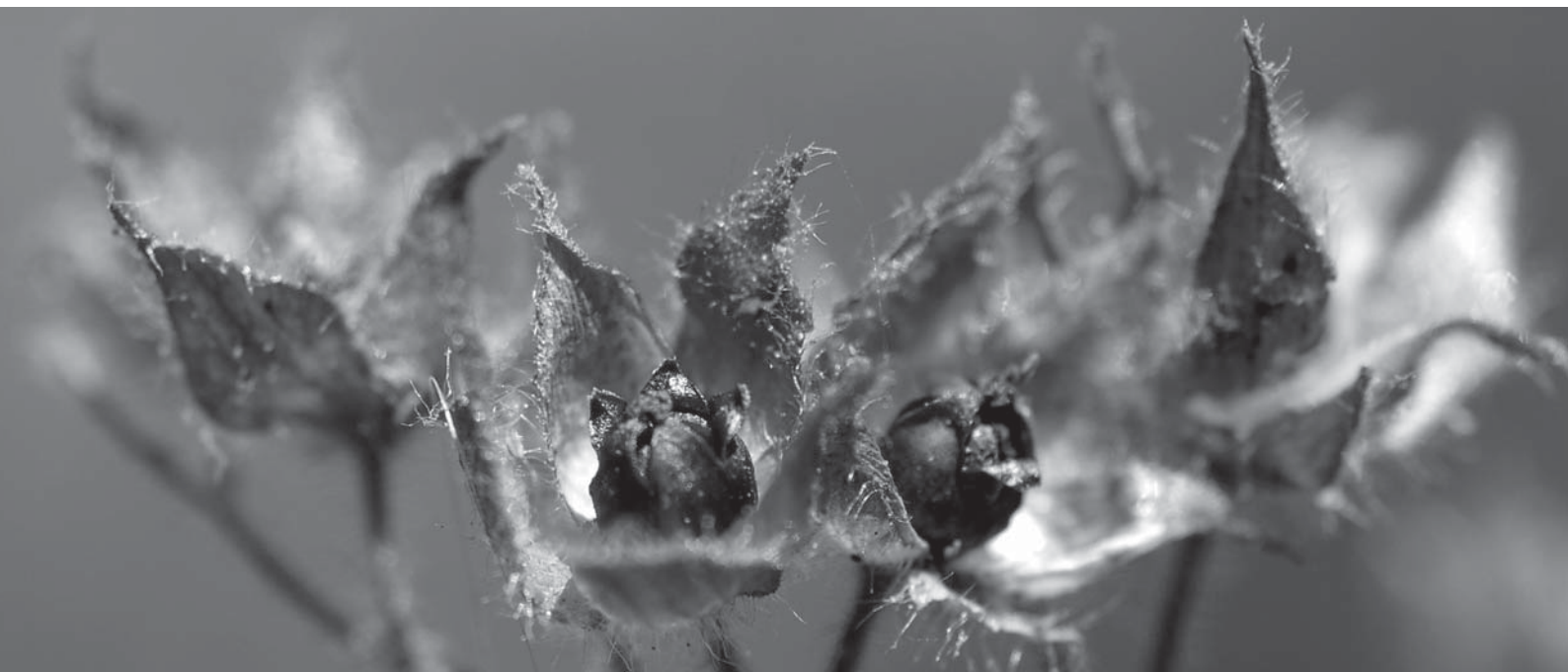
Das Institut Vorschul-/Unterstufe der FHNW in Solothurn lud am 22. Juni 2011 die Kindergartenlehrpersonen des Bildungsraums Nordwestschweiz (BS, BL, AG, SO) zu einer Tagung ein. Thema des Anlasses waren gemäss der Einladung «Orientierungspunkte hinsichtlich Sprache und Mathematik im Kindergarten». Den rund 120 Teilnehmenden wurde ein Entwurf zu besagten Orientierungspunkten vorgelegt, der diesen für den Kindergarten neuen Begriff erläutern sollte. Gemäss der dazugehörigen Broschüre seien die «Orientierungspunkte Kindergarten» ausdrücklich nicht als Mindeststandards angelegt. Sie würden auch nicht die Absicht verfolgen, als erstes selektives Instrument im Übergang zwischen Kindergarten und Primarschule zu fungieren. Drittens schliesslich seien sie ebenso wenig als eine Art Checkliste zu verstehen, die im Rahmen der Kindergartenzeit 'abzuarbeiten' sei. Die teilnehmenden Kindergartenlehrpersonen indes hätten sich am Ende der Veranstaltung selbst ein paar Orientierungspunkte gewünscht,

um zu verstehen, was denn dann noch Sinn und Zweck dieser Orientierungspunkte für den Kindergarten sein sollten.

Orientierungspunkte versus Baselbieter Stufenlehrplan

Für die Baselbieter Kindergartenlehrpersonen bringen die formulierten Orientierungspunkte inhaltlich wenig Neues, während die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Kantonen darin konkretere Angaben als in ihren bestehenden Lehrplänen fanden, da jene viel offener formuliert sind.

Der Kanton Baselland verfügt bekanntlich seit Beginn des neuen Jahrtausends über einen Stufenlehrplan. Dieser beinhaltet auf der Kindergartenstufe Grobziele, die mit den Kindern, welche in die Primarschule übertreten, erreicht werden sollen und an denen sich die Kindergartenlehrpersonen in ihrer Unterrichtsvorbereitung orientieren. Diese Grobziele dienen gemäss VOBZ auch als Grundlage für den Übertritt in die Primarstufe und stellen so ein Selektionsinstrument dar. Die neu formulierten Orien-



tierungspunkte des Bildungsraums NWCH, welche an der Tagung vorgestellt wurden, sollen nun, wenn man der Broschüre Glauben schenken mag, dies alles nicht mehr leisten, trotzdem aber den Übergang der Schülerinnen und Schüler an der Schnittstelle Kindergarten/Primarschule regeln. Wie soll das gehen und wozu sollen sie dann überhaupt dienen?

Warum diese

«Neu-Orientierung»?

Eine der Motivationen für die Einführung dieser Orientierungspunkte ist wohl die Unterschiedlichkeit der bestehenden Lehrpläne im Bildungsraum NWCH und des Lehrplans 21. Der Lehrplan 21 wird nämlich erst am Ende des Primarzyklus 1, d.h. nach der 2. Primarklasse, Lernziele respektive Orientierungspunkte setzen, die zwingend erreicht und überprüft werden müssen. Die kantonalen Lehrpläne werden mit Einführung des Lehrplans 21 aufgehoben werden. Damit wird bezüglich der Selektion nach dem 2. Kindergartenjahr ein Vakuum entstehen.

Eine zweite Motivation mag darin bestehen, dass die Basisstufe bei den Verantwortlichen weiterhin als ideale Schulstruktur für die ersten vier Jahre der Primarschule angesehen wird. Mit einer Basisstufe würden sämtliche Einführungsklassen hinfällig werden, was einem an der Tagung genannten Ziel entspräche. Ein anderes Indiz für die augenscheinliche Affinität der Verantwortlichen zur Basisstufe lässt sich auch beim Inhalt einiger Orientierungspunkte finden: Wenn beispielsweise der Umgang mit Geld und Computer sowie Medienkompetenz als Orientierungspunkte für die Kindergartenstufe genannt werden, kann dies durchaus als «Hommage» an die Basisstufe interpretiert werden, da diese Bereiche eindeutig Unterrichtsthemen aus der Primarstufe darstellen.

Klarheit über Sinn und Zweck der Orientierungspunkte tut Not

Solange die Autorinnen und Autoren der Orientierungspunkte nicht klar kommunizieren, was sie respektive ihre Auftraggeber mit ihrem Werk nun eigentlich konkret erreichen wollen, müssen sie sich die Vermutung gefallen lassen, eine Art Basisstufe einrichten zu wollen, ohne über die dafür erforderlichen Strukturen und eine politische Legitimation zu verfügen. Die an der Tagung vorgestellten Beispiele zielten in ihrer Gesamtheit in diese Richtung. Alles «schmeckte» schon ein wenig nach «Schule», spielerisch zwar, doch zum Teil bereits überaus intellektuell angereichert. Die Methodik in einem der angebotenen Workshops orientierte sich klar an den Kriterien der altersdurchmischten Basisstufendidaktik. Im Kanton Basel-Stadt ist die Einführung der Basisstufe jedoch ausdrücklich nicht vorgesehen.

Für die Bildungsverantwortlichen im Kanton Basel-Stadt gibt es nun zwei Optionen:

1. Sie stehen dazu, auf diesem Umweg eine neue Art von Basisstufe schaffen zu wollen, die zwar weiterhin einen Übertritt nach zwei Jahren Kindergarten in die erste Primarklasse vorsieht, in welcher aber vom Kindergarten bis zur zweiten Primarklasse mit Methoden der Basisstufe gearbeitet würde. In dieser Struktur würde nach dem zweiten Kindergartenjahr nicht selektioniert, sondern erst der Primarlehrkraft würde diese Aufgabe am Ende der zweiten Primarklasse zufallen. Eine allfällige Unterstützung der Schülerinnen und Schüler beim Einstieg in die erste Primarklasse wäre so allerdings nicht eindeutig festzumachen, da verbindliche Kriterien z.B. für ISF-Support fehlen würden. Damit würden die Kindergartenlehrpersonen wieder in Zeiten ohne Berichte

und verbindliche Standortgespräche zurückfallen, was weder den Kindergartenkindern noch dem Prestige der Kindergartenlehrpersonen zuträglich wäre.

2. Die Bildungsverantwortlichen definieren die Orientierungspunkte im Sinne des bisherigen Stufenlehrplans als neue Grobziele und formulieren darüber hinaus zusätzliche Mindeststandards, an denen sich Kindergartenlehrpersonen konkret orientieren können und müssen. Kinder, die diese Mindeststandards nicht erreichen, wiederholen ein Kindergartenjahr, kommen in eine Einführungsklasse oder erhalten schon in der ersten Primarklasse ISF-Unterstützung, was zum heutigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist.

Ganz generell gilt es, folgendes zu beachten: Der bestehende Stufenlehrplan Basel-Stadt bietet eine sehr gute Basis für die Arbeit im Kindergarten und auf der Primarstufe. Wenn deutlich davon abweichende Neuerungen verabschiedet werden sollen, dann müssen diese zuerst den Tatbeweis erbringen, den Kindergartenlehrpersonen in ihrem Arbeitsalltag eine Hilfe zu sein. Reformen ohne ersichtlichen Nutzen haben wir in anderen Zusammenhängen wahrlich schon zur Genüge gesehen ...

Misstrauensbildende Massnahmen

Von Roger von Wartburg



An einem Mittwochmittag Ende Mai diesen Jahres fand an einer Baselbieter Sekundarschule eine interne Schulentwicklungsveranstaltung statt, in deren Rahmen unter anderem ein Referat einer AVS-Expertin zur schulischen Integration auf dem Programm stand. Das Kollegium erwartete den Auftritt durchaus wohlwollend mit Neugier und Spannung, da an ebendieser Schule ab dem Schuljahr 2011/12 erstmals eine Integrationsklasse (übrigens im Niveau P) mit vier geistig behinderten Schülerinnen und Schülern ihre Sekundarschulzeit in Angriff nehmen würde. Nicht wenige Lehrpersonen verliessen den Anlass schliesslich mit äusserst gemischten Gefühlen, weil sie vergeblich Antworten auf ganz konkrete Fragen erhofft hatten.

Was bedeutet Integrative Sonderschulung (InSo) überhaupt?

Das Referat begann mit einer Präsentation der gesetzlichen Grundlagen der Integrativen Sonderschulung (InSo). Hierbei wurde insbesondere auf das Behindertengleichstellungsgesetz von 2002 verwiesen, welches die Kantone erstmalig in die «integrative Verantwortung» genommen hatte. Des Weiteren kam die Rede auf das Bildungsgesetz und die Sonderschulverordnung, in welchen das Primat der Integration gegenüber der Separation klar betont werde. Damit wurde noch einmal hervorgehoben, dass die InSo eben nicht einfach nur ein Experiment besonders integrationsfreudiger Pädagogen und Pädagoginnen sei, sondern dass dafür ein klarer gesetzlicher Auftrag bestehe.

Als Zielgruppe der InSo gelten Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung geistiger, körperlicher und/oder sensueller Natur. Die Kriterien für die Feststellung einer Behinderung entsprechen jenen der Invalidenversicherung, wie sie bis Ende 2007 Gültigkeit hatten. Damit ein Kind mit einer Behinderung in eine Regelklasse integriert werden kann, braucht es einerseits die Empfehlung einer Fachstelle (SPD oder KJPD) sowie andererseits den diesbezüglichen Antrag der Eltern.

Fünf Ziele der InSo wurden explizit genannt:

1. **Normalisierungsprinzip:** Kinder mit einer Behinderung sind Teil der Schule, gehören zu ihrem Alltagsbild, werden nicht irgendwo periphar untergebracht.
2. **Soziale Integration:** Dies betrifft sowohl die Familien der behinderten Kinder als auch die Klassengemeinschaft, das Schulhaus sowie das Quartier. In Integrationsklassen mit mehreren behinderten Kindern sei dies jedoch oft schwierig, weil dort in der

Regel auch ortsfremde Kinder integriert würden.

3. **Pädagogik der Vielfalt:** Im Sinne einer optimalen Förderung aller Kinder sollen Individualisierung und Differenzierung hochgehalten werden.

4. **Leistungsprinzip:** Die Leistung aller Kinder fordern und ermöglichen sowie ihre Leistungsfähigkeit weiterentwickeln.

5. **Verbesserung struktureller Bedingungen für alle:** Die InSo soll durch das Nutzen der gemeinsamen Ressourcen von Regelschule und Heilpädagogik eine strukturelle Verbesserung für alle Beteiligten ermöglichen, und zwar in personeller, fachlicher, das Lehr- und Lernmaterial betreffender sowie räumlicher Hinsicht.

Pädagogische Modelle: Einzelintegration und Integrationsklasse

Als Formen Integrativer Sonderschulung wurden zwei Modelle vorgestellt: Die Einzelintegration und die Integrationsklasse. Bei der Einzelintegration wird die Schülerin oder der Schüler mit einer Behinderung während vier bis acht Lektionen pro Woche von einer Heilpädagogin oder einem Heilpädagogen betreut. Ausserhalb dieser Betreuungszeit muss der Schüler oder die Schülerin selbstständig arbeiten können. An dieser Stelle ging ein erstes dezentes Raunen durch das Kollegium. Offenbar vermochte dieses Modell auf Anhieb wenig zu überzeugen.

Mehr Sukkors erfuhr das zweite Modell, die so genannte Integrationsklasse, deren Umsetzung an besagter Schule ja eben unmittelbar bevorstand. Einer Integrationsklasse werden vier Kinder oder Jugendliche mit einer Behinderung zugeteilt. Für diese InSo-Kinder gelten individuelle Lernziele. Das pädagogische Team einer Integrationsklasse besteht aus einer Regellehrperson, einer Heilpädagogin oder einem Heilpädagogen sowie ei-

ner so genannten Klassenassistenten (z.B. ein Praktikant oder eine Praktikantin), die allesamt zu 100% angestellt sind. Für Integrationsklassen muss ausserdem ein zusätzlicher Arbeitsraum zur Verfügung stehen.

Der MMNW -Evergreen¹

Bis dahin war die Präsentation ohne Rückfragen aus dem Publikum von-statten gegangen, was sich änderte, als es um die Gelingensbedingungen und bisherigen Untersuchungen zur Integrativen Sonderschulung ging.

Stirnrunzeln rief zunächst die Auflistung der Gelingensbedingungen hervor, die aus nur gerade drei Punkten bestand: Haltung und Einstellung des pädagogischen Teams, Teamfähigkeit der Lehrpersonen sowie Akzeptanz im Kollegium.

Mit anderen Worten: **Verantwortlich für eine erfolgreiche Integration sind einzig und allein die Lehrerinnen und Lehrer, andere Faktoren wie ausreichende Ressourcen scheinen für die Fachleute nicht so**

wichtig zu sein. Falls eine angestrebte Integration also nicht zu einem glücklichen Ende geführt werden kann, dürften die Schuldigen leicht auszumachen sein. Erfahrungsgemäss reagieren viele Lehrpersonen auf derartige «MMNW-Appelle» empfindlich, weil man ihnen seit Jahren vielerorts immer wieder zu verstehen gibt, dass so manches schulische wie auch gesellschaftliches Pro-

¹ Man muss nur wollen!



blem zu beheben oder zumindest zu verringern wäre, wenn sie dies denn nur mehr wollten.

Wie misst man Sozialkompetenz?

Auf die kurze Liste mit den Gelingensbedingungen folgte eine auf den ersten Blick unspektakuläre Folie mit Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen zur schulischen Integration. So wurde beispielsweise festgehalten, dass der Leistungsstand der Regelschülerinnen und -schüler in Integrationsklassen analog demjenigen ihrer jeweiligen Parallelklassen sei. Ausserdem sei die Sozialkompetenz der Schülerinnen und Schüler in Integrationsklassen höher. Diese Behauptung nahm eine Lehrperson zum Anlass, um an sich ganz harmlos nachzufragen, wie diese Sozialkompetenz denn gemessen worden sei; es sei doch für uns Lehrerinnen und Lehrer oft schon schwierig genug, im Rahmen von Prüfungen Sachkompetenz messen zu wollen.

Es folgte ein kurzer Moment der Stille, der Filmfreunde durchaus an jene klassischen Momente aus Westernfilmen zu erinnern vermochte, wenn die Spannung jeweils auf dem Höhepunkt ist: Die Protagonisten blicken sich an, das Publikum sitzt da in gespannter Erwartung, ein Steppenläufer wird vom Wind durchs Bild geweht. Doch enttäuschenderweise passierte nichts, die Fachfrau schwieg. Der geschulte Pädagoge aus dem Publikum versuchte ihr eine Brücke zu bauen, indem er versicherte, es gehe ihm keinesfalls um wissenschaftliche Details, sondern einzig um eine grobe Beschreibung der Methoden, mit Hilfe welcher man zu diesem Resultat gekommen sei. Nur damit er sich etwas darunter vorstellen könne. Die Expertin jedoch vermochte den ihr zuge spielten Ball nicht aufzunehmen, sondern liess verlauten, dass sie nichts darüber wisse.

Expertin ohne Expertinnenwissen

Nun schien der Moment gekommen, in welchem andere Lehrerinnen und Lehrer sich veranlasst sahen, ihre ganz konkreten Fragen zur bevorstehenden Einführung der Integrationsklasse an ihrer Schule anzubringen. So wollte jemand wissen, wie man die bestehenden Klassen vor den Sommerferien auf die neue Situation mit der Integrationsklasse vorbereiten solle. Leider vermochte die Expertin keine Tipps zu geben. Ob es denn sinnvoll sei, mit Präventivmassnahmen und einer offensiven Informationsstrategie gegenüber Schülerschaft und Eltern allfälligen Mobbing-Fällen entgegenzuwirken, wollte jemand anderes wissen. Auch hierzu wusste die Fachfrau keinen Rat. Einzig der Hinweis, dass der Kanton hierzu nichts anbiete, war ihr zu entlocken. Wie denn die diesbezüglichen Erfahrungen an anderen Schulstandorten gewesen seien, fragte eine weitere Lehrperson. Unglücklicherweise vermochte die AVS-Angestellte auch darüber keine Auskunft zu geben.

An dieser Stelle wurde die Fragen-ohne-Antworten-Runde von der Moderation zu einem recht abrupten Ende gebracht, was es der Expertin ohne Expertinnenwissen ermöglichte, im gestreckten Galopp – um das zuvor gebrauchte Bild des Westernfilms noch einmal aufzunehmen – dem sich noch gar nicht darbietenden Sonnenuntergang entgegenzustreben. Zurück blieben viele offene Fragen und die dazugehörigen Lehrpersonen, welche diese gestellt hatten.

Wie man Misstrauen statt Vertrauen schafft

Als der Autor dieses Textes am Ende jenes Schultages nach Hause fuhr, fragte er sich, was ihm eigentlich mehr zu denken gab: dass sich eine kantonale Expertin für Integrative Sonder-schulung zu einer Präsentation vor

Lehrkräften aufmachte, ohne offenbar in irgendeiner Art und Weise darauf vorbereitet zu sein, auch nur eine einzige konkrete Frage aus dem Publikum beantworten zu können; oder dass es im Kollegium trotz allem einige Lehrerinnen und Lehrer gab, die im Anschluss an die Veranstaltung der Meinung waren, diese Rückfragen seien doch vollkommen unnötig gewesen, man müsse halt einfach mal machen, es ergebe sich dann schon alles von selbst!

Kurz vor dem Einschlafen am späteren Abend liess folgender Gedanke an ein Bild aus der Zukunft den Autor dieser Zeilen noch einmal hochschrecken: Er sah den Baselbieter Finanzdirektor mit einem Dossier namens «Entlastungspaket 14/17» vor sich, wie er der Presse verkündete, dass künftig die Rahmenbedingungen der Integrationsklassen jenen der Einzelintegration angeglichen würden. Im Sinne der Opfersymmetrie hätten InSo einem Fall schliesslich alle, wirklich alle ihren Beitrag zu leisten ...

Das Solothurner Integrationsdesaster: Episode 3

Von Roger von Wartburg

Dass eine Recherche, die vor mehreren Monaten durch einige in der Solothurner Presse publizierte Artikel zur dortigen Einführung der Integrativen Schulung ausgelöst wurde, zu einer ganzen Reihe von LVB-Inform-Artikeln führen würde, war weder geplant noch zu erwarten. Je intensiver sich jedoch die Beschäftigung mit der Materie gestaltete und je mehr Informationen dabei zugänglich (gemacht) wurden, umso deutlicher entfaltete sich hier ein echtes Lehrstück in Sachen Bildungspolitik. Aus diesem Grund scheint es auch vertretbar, der ausserkantonalen Thematik derart viel Aufmerksamkeit zukommen zu lassen: Weil nämlich gleiche oder ganz ähnliche Vorgänge sich jederzeit genauso gut im Baselbiet abspielen könnten! Im nun vorliegenden dritten Teil der Berichterstattung soll aufgezeigt werden, was sich seit Ende Mai auf kantonaler Ebene und in der als Fallbeispiel ausgewählten Stadt Olten, dem grössten Schulträger des Kantons, weiter getan hat.

Kantonaler Volksauftrag fordert mehr Ressourcen, Entlastung der Klassenlehrpersonen und kleinere Klassen

In der Kantonsratssitzung vom 22. Juni 2011 erklärte das Kantonsparlament den Volksauftrag «Genügend Ressourcen für die Integrative Schulung in der Volksschule» erheblich. Dieser Volksauftrag sieht drei Massnahmen vor: Erstens soll der Pensenpool für die Spezielle Förderung höher dotiert werden als bisher veranschlagt: In Kindergarten und Unterstufe sind 25 bis 40 Lektionen pro 100 Schüler vorgesehen (statt ursprünglich 15 bis 30 im Kindergarten und 20 bis 30 in der Unterstufe); in der Mittelstufe und allen Niveaus der Sekundarstufe I sollen es 20 bis 35 Lektionen sein anstatt, wie bis anhin vorgesehen, 12 bis 25 in der Mittelstufe und 20 bis 30 nur für die Sek B, dem leistungsschwächsten Niveau also. Zweitens sollen die Klassenlehrpersonen für den mit der Integrativen Schulung verbundenen zusätzlichen Koordinationsaufwand beim Pflichtpensum um eine Lektion entlastet werden. Drittens schliesslich sollen die Klassengrössen neu wie folgt festgelegt werden: Kindergarten und Primarschule 16 bis 24 Kinder, Sekundarschule B 10 bis 20 Schüler.

Ohne Ressourcen keine Reformen

Im Auftragstext ist explizit zu lesen, dass auf die flächendeckende Einführung der Integrativen Schulung verzichtet werden soll, falls die geforderten Rahmenbedingungen aus finanziellen Gründen nicht gewährleistet werden könnten. In diesem Falle solle es den einzelnen Schulträgern freigestellt sein, zwischen dem bisherigen Modell mit Kleinklassen und der Integrativen Schulung wählen zu können. Die vom Kanton vorgesehenen Ressourcen seien für eine erfolgreiche Umsetzung der Integrativen Schulung nicht ausreichend. Darüber hinaus

würde eine **kostenneutrale Umsetzung** der zusätzlichen Aufgaben und Leistungen eine Sparübung darstellen, die zu einem **Qualitätsabbau für alle Beteiligten** führen würde. Der Auftragstext verweist in diesem Zusammenhang auf eine Umfrage des Verbands Lehrerinnen und Lehrer Solothurn (LSO), gemäss welcher nur gerade 1,8 Prozent der Lehrkräfte die Integrative Schulung mit den vom Kanton kommunizierten Rahmenbedingungen unterstützen könnten. Die daraus gezogene Schlussfolgerung lautet deshalb: **«Eine Reform, die derart wenig Support durch die Hauptträger der Umsetzung genießt, wäre zum Scheitern verurteilt.»**

Der dreijährige Schulversuch soll Klärung bringen

Dem Regierungsrat wurde folglich der Auftrag erteilt, im Rahmen des nun beginnenden und bis 2014 andauernden Schulversuchs zur Integrativen Schulung, an welchem sich 85 Prozent der Solothurner Schulträger beteiligen werden, insbesondere die Dotierung des Pensenpools, die Entlastung der Klassenlehrpersonen sowie die Klassengrössen kritisch zu hinterfragen. Diese Probephase solle dazu dienen, die nötigen Erfahrungsgrundlagen für längerfristige Planungen zu erarbeiten.

Rückblick auf das Fallbeispiel: Der Protokoll-Koller

In den letzten beiden Inform-Ausgaben (2010/11-03 sowie 2010/11-04) wurde unter anderem die Kontroverse um die Sitzung des Oltners Stadtparlaments von Ende Januar 2011 und das monatelang ausstehende Protokoll derselben geschildert. Zur Erinnerung: Mehrere Parlamentsmitglieder hatten Anfang Jahr eine dringliche Motion eingereicht, welche die Sistierung der integrativen Massnahmen in Olten forderte, bis klare Rahmenbedin-

gungen seitens des Kantons vorlägen und in der Stadt, als flankierende Massnahmen, Gefässe geschaffen seien, um besonders verhaltensauffällige und schwer integrierbare Schülerinnen und Schüler auffangen zu können. In dieser prekären Situation hatte der städtische Bildungsdirektor völlig überraschend die Schaffung zweier neuer Einrichtungen (Schulinseln und separative Spezialklasse) aus dem Hut gezaubert, die den Forderungen der Motionäre zu entsprechen schienen. In der Folge lehnte eine Mehrheit des Stadtparlaments die Motion ab.

Damit war die Thematik jedoch noch längst nicht vom Tisch, denn einigen an der damaligen Sitzung Anwesenden war die Behauptung des Bildungsdirektors fragwürdig erschienen, dass die Kosten für die Schaffung dieser Spezialeinrichtungen vom Kanton und nicht von der Stadt übernommen würden. Da das Protokoll der Sitzung jedoch mehrere Monate lang nicht einsehbar war, war während dieser langen Zeitspanne nicht wirklich klar, was der Bildungsdirektor denn nun im konkreten Wortlaut wirklich zugesichert hatte. Die diesbezüglichen Meinungen der Sitzungsteilnehmer gingen auseinander.

Der Protokoll-Kollaps

Just wenige Tage nach Erscheinen der letzten Inform-Ausgabe (2010/11-04), notabene vier Monate (!) nach der eigentlichen Sitzung, konnte das heiss begehrte Protokoll endlich gelesen werden. Darin findet sich folgende Aussage des Oltner Bildungsdirektors: *«Jetzt komme ich zu Informationen, die ich halt erst gestern auf Nachhaken erhalten habe. Es sind allerneueste Informationen aus dem DBK [kantonales Departement für Bildung und Kultur]. Wir können in Olten als Referenzprojekt ein zweistufiges Modell fahren, das nach Artikel 37*

Volksschulgesetz finanziert wird. Das heisst: Der Kanton bezahlt. Im Zusammenhang mit renitenten Schülerinnen und Schülern geht es um ein niederschwelliges und kurzfristiges Angebot, schulhausintern bekannt als Schulinsel, und höherschwellig eine mittel- bis langfristige Tagessonderschule (TASO) für sehr schwierige Schülerinnen und Schüler.»

Die Protokoll-Kollusion

Eine direkte Folge dieses Protokolls war eine **dringliche Interpellation** in der nächstfolgenden Sitzung des Oltner Stadtparlaments vom 30. Juni 2011. Der Interpellant stellte sechs konkrete Fragen zum Zeitpunkt der Einführung von Schulinseln und separativer Tagesschule sowie deren Finanzierung. **Vier der sechs Fragen, im Speziellen jene bezüglich der Finanzierung, konnten in der schriftlichen Antwort des Stadtrats nicht beantwortet werden.** Es werde sich zeigen, ob der Kanton Solothurn ein finanzielles Interesse daran habe, hiess es überdies darin. Der Interpellant zeigte sich daraufhin zutiefst unbefriedigt und sprach von einem veritablen «Skandal», da der Bildungsdirektor im Januar die Unwahrheit gesagt habe, wie nun erwiesen sei. Der Beschuldigte seinerseits stellte sich auf den Standpunkt, es gehe hier um zwei verschiedene Dinge: Vor die Frage gestellt, eine kantonale Lösung nach Artikel 37 des Volksschulgesetzes oder eine städtische Lösung zu wählen, habe man sich für letztere entschieden. Und bei dieser Lösung sei die Finanzierung eben noch unklar. Hier müsse noch mit dem Kanton «ge-dealt» werden ...

Früecher hets öppis golte, Olte, hüt wott niemer meh holte in Olte (Zitat aus dem Lied «Walliselle» von Stiller Has)

Wer nun angesichts dieser doch recht offenkundigen Verletzung oder zu-

mindest exzessiven Überdehnung elementarer demokratischer Spielregeln mit einem breiten Sturm der Entrüstung seitens der verschiedenen Fraktionen im Oltner Stadtparlament gerechnet hatte, hatte sich getäuscht. Obwohl doch an sich jeder halbwegs mündige Staatsbürger das stadträtliche Vorgehen in dieser Angelegenheit unmöglich gutheissen kann, und zwar vollkommen ungeachtet seiner persönlichen Meinung zum Inhalt der Vorlage, meldete sich in der Folge kaum jemand zu Wort.

Über die Ursachen dieser Omertà lässt sich durchaus spekulieren: Die eine Partei möchte wohl die Wahl ihres Vertreters zum nächsten Stadtpräsidenten nicht gefährden sowie gleichzeitig der auf Kantonsebene unter der Ägide ihres eigenen Regierungsrats erschreckend schlecht aufgelegten Einführung der Speziellen Förderung nicht zuviel Aufmerksamkeit zukommen lassen. Andere Parteien wiederum sind wahrscheinlich deshalb auf Tauchstation gegangen, weil die Integrative Schulung als Ganzes ideologisch grundsätzlich nach ihrem Gusto ist; da darf man hinsichtlich der politischen Abläufe offenbar beide Augen zudrücken.

Eine Parabel über Demokratie, Politik und Presse

In einer funktionierenden Demokratie müsste nun eigentlich die Presse in die Bresche springen und die Amtsführung des Stadtrates kritisch durchleuchten. Selbst jeder noch so unerfahrene Volontär sollte das journalistische Potenzial dieser Story rund um das weiter oben ausführlich beschriebene Protokoll erkennen! In der einzigen Oltner Tageszeitung jedoch beschränkte sich die Berichterstattung zur dringlichen Interpellation auf einen rein informellen Kasten in gefühlter Schriftgrösse 6. Kommentare der Redaktionsmitglieder blieben gänz-

lich aus. Und selbst die Publikation kritischer Lesermeinungen wurde bis in die zweite Woche der Sommerferien hinausgezögert. Oh harmonische Kleinstadtwelt!

Qualitätsmanagement in Vollendung

Hochgradig interessant ist auch, was sich in Olten bezüglich der für die Spezielle Förderung benötigten Heilpädagoginnen und Heilpädagogen tut: Da es nämlich zum jetzigen Zeitpunkt zu wenig gut ausgebildetes Personal gibt, werden nun kurzerhand jene Bewerberinnen und Bewerber wieder angefragt, die man zuvor wegen fehlender Qualifikationen abgelehnt hatte!

Ergänzend ein Highlight zum Thema «professionelle Planung»: Den Oltner Lehrpersonen wurde von ihrer Gesamtschulleitung ein Anhang zum kantonalen Dossier zur Speziellen Förderung zugestellt, in dem es heisst: «Für die Ausgestaltung der Zusammenarbeit (Klassenlehrer – Lehrperson Spezielle Förderung) gibt es eine Checkliste und andere Arbeitsmaterialien der Pädagogischen Hochschule Bern.» Als Lehrkräfte nachfragten, wie sie zu dieser Checkliste kämen, wurde ihnen mitgeteilt, die Gesamt-

schulleitung sei leider nicht im Besitz derselben...

Und die Moral von der Geschicht: Es braucht aufmerksame und kritische Berufsverbände wie den LVB!

Damit eines noch einmal in aller Deutlichkeit festgehalten sei: Der Autor dieser Artikelreihe befindet sich weder auf einem Kreuzzug gegen den Oltner Bildungsdirektor noch gegen die Integrative Schulung im Allgemeinen. Dass überdies überall, wo gearbeitet wird, auch Fehler passieren, versteht sich von selbst. Wenn aber das Vorgehen der politischen Entscheidungsträger und Planungsstellen – kantonal wie kommunal – weder in pädagogischer noch sozialpartnerschaftlicher noch staatsbürgerlicher Hinsicht einfachsten Qualitätsansprüchen genügt, dann kann man nicht einfach wegsehen!

Diese Geschichte macht deutlich, wie wichtig es ist, dass gerade Berufsverbände wie der LVB die bildungspolitischen Prozesse mit Argusaugen verfolgen, da es bedauerlicherweise zu den Wesensmerkmalen der Politik zu gehören scheint, mehr zu versprechen, als gehalten werden kann. Und

die Leidtragenden unausgegorener Zwängereien und unlauterer Vorgehensweisen im Bildungsbereich werden letzten Endes – neben den Lehrpersonen – immer primär die Kinder und Jugendlichen sein.

Hinweis: Die beiden ersten Folgen des «Solothurner Integrationsdesasters» sind, wie alle anderen Artikel früherer Inform-Ausgaben, unter www.lvb.ch weiterhin einsehbar.

Perlenfischen

Von Roger von Wartburg

- **Perle 1**, gefunden bei NZZ Online am 27. Juni 2011 unter dem Titel **«Prüfungen ohne Ende – und mit wenig Wirkung»**.

«Spinnendiagramme, Kapitelüberschriften und Inhaltverzeichnis lassen auf die Zertifizierung einer Bildungsinstitution auf Tertiärstufe schliessen, doch was hier auf über 100 Seiten zusammengefasst wird, sind die Evaluationsergebnisse einer Primarschule, konkret der Landschule in Greppe am Vierwaldstättersee. [...] Sie ist arm an Konflikten, aber reich an Informationen; an Informationen wie diesen: Im Bereich Lernkultur sind 25 Prozent der Lehrpersonen der Ansicht, dass Schwierigkeiten «gut erkannt» werden. [...] Beim Fussballspielen, so eine weitere Erkenntnis der Evaluatoren, könne es in Greppe «zu Unstimmigkeiten oder kleineren Streitereien» kommen. «Was da ins Kraut schießt», verschaffte sich ein mit Herzblut unterrichtender Lehrer unlängst in einem Rundschreiben zum Reizthema Evaluation Luft, «ist für Lehrer und Schüler von absoluter Irrelevanz.» [...] Tatsache ist, dass manche kantonalen Fachstellen zunehmend Mühe bekunden, ihr Wirken gegen aussen zu legitimieren.»

Kommentar: Der Frage, weshalb offenbar selbst in Zeiten gewaltiger Sparprogramme die Rolle der selbstdeklarierten Elite von Bildungsplanern und -bürokraten nicht kritisch hinterfragt wird und stattdessen vielerorts die Mittel für die Pädagogen «von der Front» gekürzt werden sollen, wurde im Evaluationsbericht nicht nachgegangen...

- **Perle 2**, gefunden in der BaZ vom 9. Juli 2011 unter dem Titel **«Ich mache keine Schulreform, wenn ein Sparprogramm läuft»**.

Der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann äussert sich im Interview wie folgt: «Ich habe immer gesagt: Ich mache keine Reform, wenn gleichzeitig ein Sparprogramm bei den Schulen durchgezogen werden soll. Das geht nicht auf. Ich bin sehr froh, dass meine Aussage von Regierung und Parlament gehört worden ist. Man kann nicht am Courant normal etwas abschränken und dann von den Lehrpersonen erwarten, dass sie hoch motiviert eine Reform mittragen.»

Kommentar: Nicht weniger als eine Aussage von geradezu salomonischer Weisheit.

- **Perle 3**, gefunden in der NZZ am Sonntag vom 17. Juli 2011 unter dem Titel **«Bis zu 20 Prozent der Lehrer sind nicht passend ausgebildet»**.

«Die Stellenangebote flogen ihr nur so zu, als sie vor zehn Jahren ihre Ausbildung zur Primarlehrerin abschloss. Schliesslich entschied sich Anita B. aber dafür, Jugendliche statt Kinder zu unterrichten und eine Stelle als Lehrerin der Sekundarstufe I in einer Solothurner Schulgemeinde anzunehmen. Da sie keine stufengerechte Ausbildung mitbrachte, wurde ihr von Anfang an weniger Lohn zugestanden als passend ausgebildeten Kollegen. Doch das machte der jungen Lehrerin nichts aus: «In der Primarschule hätte ich immer noch deutlich weniger verdient», sagt sie. Anita B. verpflichtete sich, die Ausbildung so schnell wie möglich berufsbegleitend nachzuholen. Ein Versprechen, das sie bis heute nicht eingelöst hat. Inzwischen wurde sogar ihr Lohn beträchtlich aufgebessert.»

Kommentar: Alles wie gehabt hinsichtlich der Lehrermangel-Thematik: Scheinlösungen prägen das Bild. Um Missverständnissen vorzubeugen: Auch ein diplomierter Dilettant bleibt ein Dilettant. Aber keinem Lehrmeisterverband käme es je in den Sinn, die Ausbildungsgänge in seiner Branche obsolet zu machen, weil alle wissen, dass damit das Ansehen des Berufsstandes zunichte gemacht würde. Und welchen Eindruck müssen solche Beispiele erst auf jene rar gewordene Spezies von Studierenden machen, die noch den beschwerlichen Weg einer regulären Ausbildung auf sich genommen haben?

- **Perle 4**, gefunden in der Schweizer Illustrierten vom 25. Juli 2011 unter dem Titel **«Der gestürzte Lehrer»**.

Musiker und Musikproduzent Chris von Rohr schreibt in seiner Kolumne: «Nichts ist gleichgültig auf dieser Welt, und ich finde es grossartig und berührend, wenn solche Werte vermittelt werden an den Schulen. Wo denn sonst? Die Kinder verbringen oft mehr Zeit mit ihren Lehrkräften als mit ihren Eltern. Gerade wenn es um Wertevermittlung geht, sind charismatische, gut geerdete Personen vonnöten. [...] Müsste ich noch mal zur Schule, dann würde ich mir einen Lehrer wünschen, der sich ins Zeug redet, sich mal vergisst, der selber eine Saufreude hat an der Werkarbeit und wie sie gelungen ist. Einer, der auf den Tisch haut, wenn ihn etwas unverschämt dünkt, aber auch nicht geizt mit Entzücken, wenn Klein Anna ihre Angst vor dem Reck überwunden hat [...]. Kurz und bündig: Ich möchte einen lebendigen Menschen vor mir haben, dem wir nicht am Allerwertesten vorbeigehen. Ich weiss, es gibt sie, genau diese LehrerInnen.»

Kommentar: Es gehört zu den schönen Facetten des Lebens, dass einem von Zeit zu Zeit auch Anerkennung von überraschender Seite zuteil werden kann.

Berichte von Pensioniertenanlässen

Von Otti Studer und Ditmar Friedli

1. Der Park von Wesserling und das Kloster Murbach im Elsass

Am 14. Juni 2011 besammelten wir uns in Sissach und Liestal und fuhren von dort aus über Mulhouse und Thann ins elsässische Thurtal. In dieser Gegend hatte es im 20. Jahrhundert, im Unterschied zur Gegenwart, noch etliche Chemie-, Textil- und Maschinenbaubetriebe gegeben. In Husseren-Wesserling ist eine 1819 gegründete Textilfabrik zu einem Museum umgestaltet worden und offeriert so dem Besucher in heutiger Zeit einen Einblick in das industrielle Abenteuer dieser ehemals königlichen Manufaktur.

Die weitläufige Parkanlage, in welcher besagtes Textilmuseum zu finden ist, umfasst neben diversen Ateliers auch prächtige Gärten. Originell ist die Verbindung des Museums mit zeitgenössischer Kunst. Zur Zeit sind dort Kunstwerke zum Thema «Haus» zu bewundern. Künstler liessen ihrer Phantasie freien Lauf und schufen begehbbare «Häuser» aus diversen Materialien in bunten Farben.

Weiter westlich in den Vogesen, neben Skiliftanlagen und derzeit grünen Pisten, nahmen wir das Mittagessen ein. In Ermitage Frère-Joseph lässt sich im Winter trefflich langlaufen und im Sommer wandern. Nach der Rast führte unser Weg durch schattige Wälder nach Le Markstein und damit zur Route des Crêtes, die für viele zu den schönsten Passstrassen der Welt zählt und insbesondere bei Motorradfahrern hoch im Kurs steht.

In einem abgelegenen Seitental der Lauch vor Guebwiller steht eines der grossartigsten romanischen Bauwerke des Elsass: die Klosterkirche Murbach. Kundige Führer machten uns auf Elsässerdeutsch mit der langen Geschichte der Klosteranlage vertraut. Wie überaus bedeutend das 727 ge-

gründete Kloster früher gewesen ist, bewies unter anderem das Strassenschild «Luzernergasse»: Die Abtei Murbach hatte nämlich im 8. Jh. das Gebiet von Luzern erworben und Luzern war dadurch zu einer von Murbach abhängigen Probstei geworden. Das mächtige Kloster hatte auf dem Höhepunkt seiner Macht mehr als 200 Ortschaften von Worms bis in die Innerschweiz besessen.

2. Am Lauenensee

Eine kleine Schar Pensionierter hatte sich am 1. Juli 2011 am Bahnhof Gstaad eingefunden, um zu Fuss an den Lauenensee zu gelangen. Da die Gondelbahn auf die Wispile erst am darauffolgenden Tag ihren Betrieb aufnahm, kam als Annäherung an den See nur die dem Lauibach folgende Route in Betracht, und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, der Höhenweg über die Wispile. Trotzdem vermochte auch die abgeänderte Wanderung alle Teilnehmenden zufrieden zu stellen.

Die Witterung war trocken und etwas kühl, der Lauibach rauschte; letzteres dank einer Talbevölkerung, die vor einem halben Jahrhundert hellstichtig genug gewesen war, um auf die Nutzung dieser Wasserkraft zu verzichten und dafür die Naturschönheiten der Gemeinde Lauenen zu bewahren. Im hinteren Teil des Tals sind dies das weiss schäumende Geflecht des Tungelschuss sowie der Geltenschuss, die, im Gegensatz zum heute trockenen Sanetschschuss im benachbarten Gsteig, weiterhin in natürlicher Fülle ins Tal hinabtosen dürfen.

Der letzte Abschnitt der Wanderung brachte eine kleine Steigung hinauf zur Terrasse des Lauenensees und eine grosse Steigerung des Naturerlebnisses mit sich: Die LVB-Veteranen konnten sich kaum satt sehen an den sumpfigen Wiesen mit Wollgras, Kna-

benkräutern und Wiesenknopf in der Verlandungszone des Sees. Im kleinen Restaurant unweit des Ufers wurden dann noch Hunger und Durst gestillt, bevor das Postauto die Gruppe wieder nach Gstaad zurückbrachte.

3. Das Musée CIMA und die Schlucht von Covatannaz

Die Fahrt von Yverdon-les-Bains nach Sainte-Croix ist wahrlich eindrücklich: In einer langen Schlaufe windet sich die Schmalspurbahn auf die Höhe von 1100 Metern über Meer. Dort empfing uns am 9. August 2011 das eher kühle Klima der Jurahöhen. Etliche der vielen Industrieanlagen sind verwaist, seit dort keine Schreibmaschinen, Plattenspieler, Filmkameras oder Radiogeräte mehr produziert werden. Von der einstigen Pracht und Herrlichkeit zeugt ein Museum, das so genannte Musée CIMA (Centre International de la Mécanique d'Art). Es befasst sich mit dem Ursprung der lokalen Fertigung von Musikdosen und Spieluhren, deren erste bereits Ende der 1790er Jahre hergestellt wurden. Wir staunten über den Erfindungsgeist und die Fingerfertigkeit der damaligen Handwerker. Der inzwischen verblasste Reichtum ist noch sichtbar in den vielen mehrstöckigen, grosszügigen Wohnhäusern, welche allerdings heute auch teilweise leer stehen.

Nach einer Wanderung über weite Juraweiden gelangten wir zum Einstieg in die enge Schlucht von Covatannaz. Wie mit einer riesigen Axt ist der Kalksteinfels dort gespalten worden. Wild und romantisch ist der Lauf des Baches. Auf Grund der hohen Bovis-Werte (Energiesstrahlungen) gilt die Schlucht als so genannter «Kraftort». Nach einem Abstieg auf erfreulich gut unterhaltenem Weg erreichten wir die Bahnstation von Vuiteboeuf und machten uns auf den Heimweg.

LVB-Informationen

41

Zwei neue Bildungs-Initiativen lanciert

Neben den bereits zu einem früheren Zeitpunkt lancierten Initiativen zu den **«Zwangsverschiebungen»** von Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I und zur geplanten **Abschaffung der KVS** sind vom breit abgestützten «Komitee Gute Schule Baselland» über die Sommermonate zwei weitere Themen aufgenommen worden:

- Die Initiative **«Ja zur Guten Schule Baselland: überfüllte Klassen reduzieren»** fordert die Senkung der Klassengrössen auf allen Schulstufen.
- Die Initiative **«Ja zur Guten Schule Baselland: Betreuung der Schüler/-innen optimieren»** verlangt in einem nichtformulierten Begehren, bei gleichbleibender Jahresarbeitszeit die Unterrichtsverpflichtung der Klassenlehrpersonen auf der Primar- und Sekundarstufe I zugunsten von mehr Zeit für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler um eine Lektion zu kürzen.

Auch wenn die deponierten Forderungen des LVB in gewissen Bereichen (Reduktion der Unterrichtsverpflichtung auf allen Schulstufen) noch weiter gehen, sind die in den Initiativen formulierten Begehren sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Aus diesem Grund unterstützt der LVB diese Initiativen und bittet Sie, die beiliegenden Unterschriftenkarten auszufüllen und abzuschicken. Besten Dank für Ihre Unterstützung!

Hat auf das neue Schuljahr Ihr Pensum geändert? Haben Sie seit den Sommerferien eine neue Adresse?

Besten Dank für Ihre Meldung an die LVB-Geschäftsstelle über das Mutationsformular auf www.lvb.ch oder per Mail an info@lvb.ch

Das Schwarze Brett

Finanzielle Unterstützung für Schulprojekte

An tollen Ideen für Schulprojekte mangelt es meist nicht, auch nicht am Enthusiasmus der Lehrpersonen und der Schülerinnen und Schüler. Viele spannende Projekte an Schulen haben aber ein gemeinsames Problem: die Kosten. Die Stiftung Bildung und Entwicklung unterstützt Schulprojekte in der Schweiz finanziell – aber auch mit Beratung und der Empfehlung evaluierter Lehrmittel – welche in den Bereichen «Weltweite Zusammenhänge», «Menschenrechtsbildung» oder «Rassismusprävention» angesiedelt sind.

Kontakt: Stiftung Bildung und Entwicklung, Zentralsekretariat, Monbijoustrasse 31, 3011 Bern. Tel. 031 389 20 20,
E-Mail: zs@globaleducation.ch, www.globaleducation.ch

Materialtipp «Werte vermitteln – Praxisbox»

Was gehen uns die anderen an? Oder: Warum soll der Mensch Gutes tun und nicht Böses? Mit solch fundamentalen Fragen setzt die Praxisbox Impulse für die Auseinandersetzung mit eigenen und fremden Werten. Wertvoll ist uns nämlich das, was uns wichtig ist. Und für dieses sind wir auch bereit, uns einzusetzen.

Die kompakte Praxisbox mit übersichtlich gestalteten Medien (Booklet, CD-ROM und Bildkarten) spricht sowohl Lernende wie Lehrpersonen an. Günther Gugel: «Werte vermitteln – Praxisbox. Grundlagen, Praxisfelder, Materialien», Institut für Friedenspädagogik, 2010. Booklet 30 Seiten, 30 Bildkarten, CD-ROM, CHF 34.–

Bezug: verkauf@globaleducation.ch

Informations-Broschüre «Sans-Papiers-Kinder in der Schule»

In der Schweiz leben mehrere Tausend Kinder ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Auch sie haben gemäss Bundesverfassung, EDK-Empfehlungen und internationaler Abkommen das Recht, die Volksschule zu besuchen. In der Realität treten aber beim Schulbesuch von Sans-Papiers-Kindern immer wieder Probleme auf.

Der Verein für die Rechte illegalisierter Kinder und der vpod haben gemeinsam die Broschüre «Sans-Papiers-Kinder in der Schule. Handlungsempfehlungen für Lehrpersonen und Schulbehörden.» erstellt. Die Broschüre informiert über typische Probleme von Kindern ohne Aufenthaltsbewilligung an Schweizer Schulen und gibt praktische Empfehlungen für Schulbehörden und Lehrpersonen ab.

Bezug: Projekt interkulturelle Bildung, Zentralsekretariat vpod Schweiz, Postfach 8279, 8036 Zürich, Telefon 044 266 52 52, E-mail vpod@vpod-ssp.ch.

Neu gestaltete Auflage des Buches «Epilepsien im Schulalltag»

Diese 68-seitige Publikation informiert umfassend über Epilepsien im Schulalltag sowie deren Auswirkungen. Die Ursachen von Schulschwierigkeiten bei Kindern mit einer Epilepsie sind nicht immer klar zu erkennen und verlangen nach einer vertieften Auseinandersetzung. Wichtige Themen wie Medizin, Psychologie und Pädagogik werden besprochen, und im Anhang finden sich nützliche Adressen sowie Hinweise zu Literatur und Filmen. Ein Exemplar kostet CHF 18.50 (zzgl. CHF 3.50 für Porto und Versand).

Bezug: ParEpi, Schweizerische Vereinigung der Eltern epileptiekranker Kinder, Seefeldstrasse 84, 8008 Zürich. Telefon 043 488 65 60, Fax 043 488 68 81, E-mail: info@parepi.ch.

Themenheft «Religion in der Schule, Religiosität von Jugendlichen und Grenzziehungsprozesse in einer religiös pluralen Schweiz»

Das Heft fasst zentrale Ergebnisse von vier Forschungsprojekten des Nationalen Forschungsprogramms «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft» (NFP 58) zusammen.

Bezug: www.nfp58.ch

Risikokompetenz in der Bewegungsförderung: 3. Nationale Purzelbaumtagung

Für eine gesunde Entwicklung brauchen Kinder Bewegungsmöglichkeiten, die auch gewagte und risikoreiche Unternehmungen zulassen. Übersicherung, Überbehütung und Ängstlichkeit verhindern wichtige Erfahrungen und mindern die Entwicklungschancen der Kinder. Dies ist das Thema der 3. Nationalen Purzelbaumtagung vom 12. November 2011 an der Berufsschule Aarau.

Die nationale Purzelbaumtagung ist eine Initiative der Plattform «Purzelbaum plus» (www.purzelbaum.ch). Für die dritte dieser Tagungen arbeitet die Plattform mit der Beratungsstelle Gesundheitsbildung der Pädagogischen Hochschule FHNW zusammen.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.fhnw.ch/ph/tagungen

Krankenkassenprämien 2012: Prämienstopp bei Zusatzversicherungen von Visana

Bei Visana kommt es bei den meisten Zusatzversicherungen zu keinen Prämien erhöhungen. Bei der Grundversicherung sind in einigen Kantonen Prämienanpassungen unumgänglich. Sie fallen aber im Gegensatz zu den Vorjahren zumeist moderat aus.



Marco Kamerling, Leiter Ressort Privatkunden und Mitglied der Direktion von Visana: «Mit Visana nicht nur günstig, sondern auch richtig versichert sein.»

Der LVB unterhielt sich mit Marco Kamerling, dem Leiter Ressort Privatkunden und Mitglied der Direktion von Visana, über die Prämien 2012 in der Schweiz und im Kanton Baselland.

LVB: Marco Kamerling, keine Prämien erhöhungen bei den Zusatzversicherungen, keine oder zumindest moderate Anpassungen in der Grundversicherung. Warum dieser Unterschied?

Marco Kamerling: Wir stellen eine sehr unterschiedliche Entwicklung im Bereich der Grund- und Zusatzversicherungen fest. Dies zeigt sich in der Prämienentwicklung für das kommende Jahr: Relativ stabile Kostensituation in den Zusatzversicherungen, eine je nach Kanton unterschiedliche Entwicklung bei der Grundversicherung.

Was heisst das für den Kanton Baselland?

Wie gesagt, bei den Zusatzversicherungen kommt es gesamtschweizerisch zu keinen Prämien erhöhungen, ausser bei einem Altersgruppenwechsel oder bei Wegfall des Schadensfreiheitsrabattes. Bei der Grundversicherung müssen wir leider im Kanton Baselland die Prämien um rund vier Prozent anpassen.

Warum dies?

Am liebsten hätte ich natürlich die Prämien gesenkt oder wenigstens auf

gleicher Höhe belassen. Aber wir haben im Kanton Baselland zwei Faktoren zu beachten, die die Prämienhöhe 2012 beeinflussen. Zum einen registrieren wir einen starken Anstieg der Kosten im Kanton. Zum anderen führt die Einführung der neuen Spitalfinanzierung auf 2012 im Kanton Baselland zu einem Prämien Schub von 1,6 Prozent. (Mehr dazu in unserer Box «Kantone belasten Prämienzahler»; die Redaktion.)

Insgesamt gesehen eine moderate Entwicklung. Wird dies inskünftig immer so sein?

Ich wäre froh, wenn dem so wäre. Ich bin mir aber nicht so ganz sicher und kann deshalb für die Zukunft keine Entwarnung geben.

Warum Ihre Skepsis?

In den letzten Jahren hatten wir in unserem Gesundheitswesen einen Kostenanstieg von durchschnittlich gegen vier Prozent. Dass die Kostenzunahme im vergangenen Jahr – und wie die ersten Zahlen für das laufende Jahr zeigen – gebremst werden konnte, beweist, was wir Krankenversicherer schon seit Jahren sagen: In unserem Gesundheitswesen hat es auf der Kostenseite noch Luft.

Die Sparbemühungen müssen Ihrer Ansicht nach also fortgesetzt werden? Ja, das ist für mich unbestritten. Wo-

bei es für mich ebenso klar ist, dass dies nicht zu Lasten einer optimalen medizinischen Versorgung gehen darf.

Was empfehlen Sie den Versicherten in diesem Herbst?

Sie haben sich sicher auch schon gefragt, ob Sie richtig und erst noch günstig versichert sind. Gerade jetzt, wenn die Prämien für das kommende Jahr bekannt gegeben werden, ist diese Frage aktuell. Günstig allein ist möglicherweise nicht die für Sie zutreffende Antwort.

Warum?

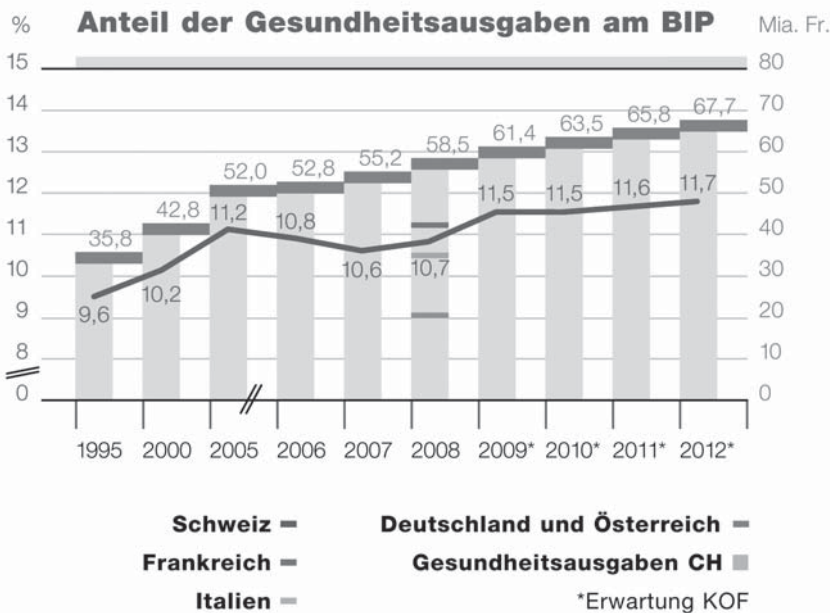
Sie wollen doch nicht nur günstig, sondern auch richtig versichert sein. Deshalb empfiehlt sich eine Versicherungsberatung. Bei Visana suchen wir im Gespräch mit Ihnen die Versicherungsdeckung, die optimal zu Ihnen passt – bezüglich Ihrer individuellen Bedürfnisse und Wünsche, aber auch bezüglich Ihrer finanziellen Möglichkeiten.

Warum sollen LVB-Mitglieder bei Visana versichert sein?

Ganz einfach: Sie können mehrfach profitieren.

Konkret, was wollen Sie damit sagen?

Bei Visana können Sie nicht nur auf eine hohe Servicequalität zählen, sondern auch auf ein umfassendes Versi-



Kantone belasten Prämienzahler

Anfang 2012 tritt die neue Spitalfinanzierung in Kraft. Der Finanzierungsmodus für stationäre Spitalleistungen wird dabei neu geregelt. Gewisse Kantone benutzen diesen Schritt, um die Prämienzahler zu belasten.

Ab 2012 haben die Kantone 55 Prozent und die Krankenversicherer 45 Prozent der anfallenden Kosten für Spitalbehandlungen zu übernehmen. Das Gesetz ermöglicht aber den Kan-

tonen, in denen die Prämien unter dem Landesdurchschnitt liegen, während einer Übergangsfrist von fünf Jahren ihren Kostenanteil unter 55 Prozent festzulegen. Damit wollte der Gesetzgeber sprunghafte Kostenverschiebungen zwischen Prämien- und Steuerzahlern bei der Einführung der neuen Spitalfinanzierung verhindern, keinesfalls sollten aber deswegen die Prämien steigen.

17 Kantone missbrauchen gemäss Berechnung von santésuisse nun aber diesen Spielraum, um ihre Steuerzahler auf Kosten der Prämienzahler zu entlasten. Mit anderen Worten: Diese Kantone belasten die Prämienzahler, die schon genug unter der Teuerung und weiteren Kostenfaktoren leiden. Im Kanton St. Gallen müssen allein aufgrund dieser missbräuchlichen Umsetzung die Prämien um zusätzliche 7,5 Prozent erhöht werden. Auch die Freiburger Versicherten haben Prämien erhöhungen von zusätzlich 5,9 Prozent zu gewärtigen.

Nachdem der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandprodukt (BIP) zwischen 2005 und 2007 leicht gesunken ist, erhöhte sich dieser Wert 2010 wieder auf 11,5 Prozent. Die Schwankungen sind im Wesentlichen auf die Konjunktur zurückzuführen. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben setzt sich konjunkturabhängig fort. Im Jahr 2008 hat die Schweiz 10,7 Prozent des BIP für die Gesundheit ausgegeben. Dies ist im Verhältnis ungefähr gleich viel wie Deutschland und Österreich (10,5 Prozent) und ein halber Prozentpunkt weniger als Frankreich (11,2 Prozent). Von unseren Nachbarn liegt einzig Italien mit 9,1 Prozent unter der 10-Prozent-Marke. (Quelle: BfS)

cherungspaket zu fairen Prämien. Bei Visana kommen Sie zudem in den Genuss zahlreicher unentgeltlicher Mehrleistungen, die Sie bei anderen Kassen bezahlen müssten. Ausserdem haben Sie als LVB-Mitglied und Ihre im gleichen Haushalt lebenden Angehörigen 15 Prozent Prämienrabatt auf Zusatzversicherungen. Und dies unabhängig davon, wo Sie Ihre Grundversicherung abgeschlossen haben. Ich freue mich, wenn wir Sie in Versicherungsfragen beraten und unterstützen dürfen.

Krankenkassenprämien: als LVB-Mitglied profitieren

Wollen Sie auch von günstigen Krankenkassenprämien profitieren – und erst noch richtig versichert sein? Als LVB-Mitglied können Sie das. Wenden Sie sich an die zuständige Geschäftsstelle der Visana. Dort erhalten Sie nicht nur kompetent Auskunft, sondern es werden Ihnen auch Möglichkeiten aufgezeigt, wie Sie Prämien sparen können:

Visana Services AG
Geschäftsstelle Frenkendorf
Erlistrasse 7
4402 Frenkendorf
Tel 061 901 59 43
Fax 061 901 80 88
E-Mail: christa.zemp@visana.ch

Help Point von Zurich Connect – 126 mal in Ihrer Nähe

Als Kunde von Zurich Connect profitieren Sie im Falle eines Autoschadens vom einzigartigen Help-Point-Service. Und dies an 126 Standorten in der ganzen Schweiz. Hier erhalten Sie rasch, kostenlos und unbürokratisch Hilfe. Und für die Zeit der Reparatur bleiben Sie mobil.

Sie sind in einen Autounfall verwickelt. Ihnen ist nichts passiert, zum Glück. Aber das Ärgerliche, das bleibt, sind Blechschäden, finanzielle Aufwände und administrative Umdriebe.

Nicht mit Zurich Connect. Wir lassen Sie nicht alleine. Mit der Autoversicherung von Zurich Connect sind Sie nicht nur finanziell abgesichert, sondern können vom einzigartigen, kostenlosen Help-Point-Schadenservice profitieren. An 126 Standorten in der

ganzen Schweiz bieten die Help Points im Schadenfall eine unbürokratische Abwicklung, eine rasche Reparatur und sorgen dafür, dass sie weiterhin mobil bleiben – kostenlos.

Schaden über App melden

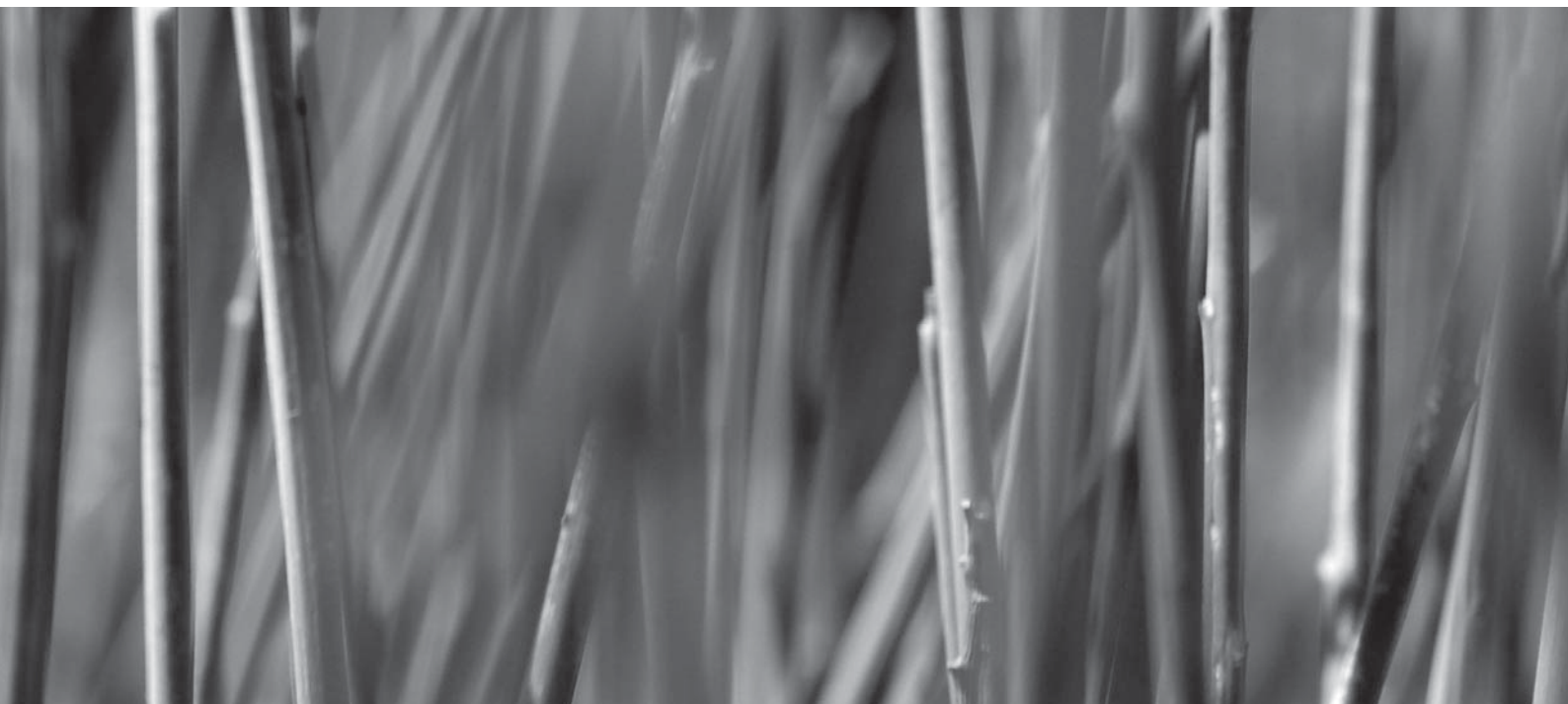
Im Schadenfall macht zudem die App von Zurich Connect eine schnelle und bequeme Abwicklung möglich: Sie können auf Ihrem iPhone das Unfallprotokoll mit Ihren Personalien direkt hochladen und absenden. Alles ganz einfach. Oder Sie rufen die 24-Stunden-Gratisnummer 0800 811 811 an und vereinbaren einen persönlichen Termin mit dem nächsten Help Point. Ein solcher ist praktisch immer innert 15 Minuten Fahrzeit zu erreichen.

Zurich Connect übernimmt am Help Point die gesamte Administration und organisiert die Reparatur Ihres Autos. Als Kunde müssen Sie sich um nichts kümmern. Unsere Help-Point-Fachleute finden für Sie die optimale Lösung. Schadenformular? Überflüssig. Wir wickeln für Sie sämtliche Formalitäten

ab. Während der Wiederinstandsetzung stellen wir sicher, dass Sie mit einem Gratis-Ersatzwagen oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln mobil bleiben. In der Regel spätestens nach zwei bis drei Werktagen steht Ihnen Ihr Auto wieder zur Verfügung. Auf die Reparatur gewähren wir mittels eines Garantiepases eine lebenslange Garantie. Wir können den hohen Qualitätsstandard garantieren, weil nur sorgfältig ausgewählte Partnerbetriebe, die unseren strengen Anforderungen entsprechen, die Instandstellung übernehmen.

Ihr Vorteil mit Help Point PLUS

Übrigens: Mit Help Point PLUS profitieren Sie nicht nur von den ausgezeichneten Dienstleistungen, sondern auch von 10% Rabatt auf die Kaskoprämie, wenn Sie alle Autoschäden über Help Point abwickeln.



Credo, quia absurdum est ¹

Glosse von Michael Weiss

Fester Bestandteil jeder Religion ist der Glaube an Dinge, die der täglichen Erfahrung, den Naturgesetzen und dem gesunden Menschenverstand widersprechen. Die Grösse Gottes zeigt sich für den Gläubigen gerade in der Macht, auch das nach menschlichem Ermessen Unmögliche möglich zu machen und dem scheinbar Unsinnigen einen Sinn zu geben.

Ausgerechnet in einer Zeit und einer Gesellschaft, in der die Gleichgültigkeit gegenüber religiösen Fragen ein noch nie dagewesenes Ausmass angenommen hat, suchen die Menschen nach ausserreligiösen Heilslehren, denen sie offenbar umso mehr zu vertrauen scheinen, je offensichtlicher ihre Absurdität ist.

Eine der beliebtesten Absurditäten unserer Finanzpolitik ist die Lehre von der wundersamen Steuervermehrung. Vielleicht inspiriert von der neutestamentlichen Brotvermehrung, geht sie davon aus, dass die Steuereinnahmen eines Kantons umso höher ausfallen, je weniger Steuern eingezogen werden. Wenn die Kantonsrechnung dennoch Jahr für Jahr ernüchternder ausfällt, kann dies in der Logik der Anhänger dieser Lehre nur bedeuten, dass die bisherigen Steuersenkungen für das Wunder noch nicht ausreichend waren.

Der Lobpreisung der wundersamen Steuervermehrungslehre opfern die demokratisch gewählten Hohepriester ganz nebenbei Bildung, Sicherheit, Gesundheitswesen und Infrastruktur, ja sie verscherbeln sogar ihr letztes Tafelsilber in seliger Erwartung des baldigen Wunders. Die Fragen, ob diese Glaubensstifter eigentlich selbst von der Richtigkeit der von ihnen verkündeten Botschaft überzeugt sind oder ob sie ihre scheinbar transzendenten Eingebungen nicht doch eher von irdischen Taktgebern eingeflü-

stert bekommen, würden dieselben natürlich empört als Blasphemie zurückweisen. Lieber übertrumpfen sie sich gegenseitig im Verkünden eines ganzen Arsenalts weiterer froher Botschaften, die einfach zu absurd sind, um nicht wahr zu sein:

- Zahlt man seinem Personal zu viel Lohn, bekommt man die falschen Leute, nämlich jene, die es nur des Geldes wegen tun.
- Der eben genannte Glaubenssatz gilt selbstverständlich nicht für Politiker, Manager und Banker.
- Sparen im öffentlichen Dienst senkt nicht die Qualität, sondern erhöht die Leistungsbereitschaft des Personals.
- Die Steuern der Bevölkerung zu senken und dafür beim Personal zu sparen ist eine gerechte Verteilung der Last auf alle Schultern.
- In guten Zeiten muss man die Steuern senken, damit man in schlechten Zeiten sparen kann.
- Wenn man kein Geld hat, muss man Umfahrungsstrassen, Spitäler und Fachhochschulen bauen, dann bezahlen die Baufirmen Steuern und diese füllen wiederum die Staatskasse (bekannt als das Wunder vom finanzpolitischen Perpetuum mobile).
- Wenn eine Regierung die Finanzen gegen die Wand gefahren hat, muss man sie wiederwählen, damit sie den Haushalt sanieren kann.
- Wenn man dem Personal schon zugesteht, mehr Arbeit als zuvor in weniger Zeit als zuvor zu verrichten, darf dieses dafür nicht auch noch einen Teuerungsausgleich erwarten.

Luhja, sag i!! –

Zefix Halleluja!!!

¹ lat. Ich glaube, weil es (die Botschaft) absurd ist.